„Ein Forum für die fortschrittliche Kunst und Kultur" — Interview mit der *linkskurve*-Redaktion Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 12, 23. März 1979 13. Jahrgang 50 Pfennig



RUB Bochum Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew. S2D 3426

Bundesweite Proteste gegen „Probebohrungen"

Sofortige Einstellung der Bauarbeiten in Gorleben!

Der Beginn der Bohrungen in Gorleben am Mittwoch, den 13. März, hat in der ganzen Bundesrepublik zu einer Welle von Protesten und Demonstrationen geführt. Die Bohrungen bedeuten praktisch den Baubeginn für das sogenannte atomare Entsorgungszentrum — die „Plutoniumfabrik", die das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen gefährden würde. Starke Polizei- und Bundesgrenzschutzkräfte — insgesamt 1.500 Mann — sicherten die Bohrplätze gegen die Bevölkerung ab.

Am Mittwoch morgen schlugen die von der örtlichen Bürgerinitiative aufgestellten Wachen Alarm. Doch die 120 bis 150 herbeigeeilten Kernkraftgegner, die die Bohrstellen mittels Sitzstreiks zu blockieren suchten, wurden von Bundesgrenzschutzbeamten zur Seite gezerrt.

An diesem Morgen zeigte sich schon die ganze Brutalität, zu der die Sicherungskräfte fähig sind. Ein 61jähriger beinamputierter Rentner wurde von einem Polizeioffizier zu Boden geschlagen; ein Journalist bekam von einem Polizeikommissar auf den Hinweis, die Polizei müsse wohl in dem Dorf Trebel noch mit vielen Gegnern rechnen, zu hören: „Dieses Dorf werden wir noch auslöschen!"

Am Mittwochabend demonstrierten in Hamburg 2.500 Menschen gegen den Baubeginn in Gorleben; an dem Fackelzug beteiligte sich auch die KPD/ML. In den folgenden Tagen kam es in mehreren Städten zu Protestaktionen, darunter zu Kirchenbesetzungen. Am Freitag gelang es KKW-Gegnern erstmals, mit Straßenblockaden den Arbeitsbeginn auf dem Bohrgelände in Gorleben um zwei Stunden zu verzögern.

Am Samstag erreichten die Proteste ihren vorläufigen Höhepunkt. In Gorleben demonstrierten trotz des schlechten Wetters über 1.000 Menschen auf dem sogenannten Atomkinderspielplatz. Mit Fackeln zogen am Samstagabend 400 Demonstranten durch Lüchow. Zu Demonstrationen mit einer Beteiligung bis zu 2.000 Personen kam es in Schweinfurt, Bremerhaven, Bochum, Mülheim, Oberhau-

Fortsetzung auf Seite 3

(Siehe auch Kommentar auf Seite 2.)



Wahlen in Rheinland-Pfalz und Westberlin

Am vergangenen Samstag fanden in Rheinland-Pfalz und in Westberlin Parlamentswahlen statt. Ihr Ergebnis läßt sich im wesentlichen in einem Satz zusammenfassen: Es bleibt alles beim alten.

Trotz eines leichten Stimmenrückgangs bleibt die CDU in Rheinland-Pfalz Regierungspartei mit absoluter Mehrheit im Landtag. Im Westberliner Abgeordnetenhaus wird weiterhin eine SPD/FDP-Koalition regieren.

Nur knapp unter der „5-Prozent-Hürde" blieben in Westberlin die „Alternativen Listen"; sie konnten lediglich in vier Bezirksparlamenten Mandate erringen. Die Westberliner Wahl zeigt eindringlich den undemokratischen Charakter der 5-Prozent-Klausel, die darauf zielt, das System, die Macht und die Pfründe der etablierten bürgerlichen Parteien unangetastet zu lassen.

In Rheinland-Pfalz hatte die KPD/ML zum Wahlboykott aufgerufen. In Westberlin hatte die KPD/ML-Sektion Westberlin die Genossin Ilse Schaake im Wahlkreis 3 als Kandidatin aufgestellt. Wieviele Stimmen die Genossin erhalten hat, war bis zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt. In den restlichen Westberliner Wahlkreisen hatte die KPD/ML ebenfalls zum Wahlboykott aufgerufen.

Freisprüche für Majdanek-Mörder?

Eine skandalöse Entwicklung bahnt sich im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß an, wo 13 Angehörige der Wachmannschaften des Vernichtungslagers Majdanek vor Gericht stehen. Sie sind der Beihilfe an der Ermordung von 250.000 Menschen schuldig.

Am vergangenen Mittwoch wurde das Verfahren gegen die Mörder Meyer, Böttcher, Süß und Schmidt abgetrennt und die Beweisaufnahme geschlossen. Angeblich hat der Prozeß „nur wenig Belastendes" gegen sie erbracht. Damit wird der Freispruch für diese SS-Bestien vorbereitet. Tatsächlich jedoch hatten zahlreiche Zeugen, die dem Vernichtungslager entrinnen konnten, die grausamen Verbrechen der Angeklagten angeprangert.

Die jetzt verfügte Abtrennung des Verfahrens wirft ein grelles Licht nicht nur auf diesen Prozeß, sondern auf die ganze Praxis der vom Bonner Staat betriebenen „Vergangenheitsbewältigung". Von den 1.037 namentlich bekannten Mitgliedern der SS-Mannschaften von Majdanek sind nur 115 verurteilt worden, 108 von ihnen durch polnische Gerichte. Für die anderen Mörder ist die Verjährung schon Wirklichkeit geworden!

Am letzten Dienstag demonstrierten Jugendliche im Düsseldorfer Gerichtssaal mit Transparenten gegen die Verschleppung des Prozesses — er läuft schon über drei Jahre — und gegen eine Verjährung für Nazi-Verbrecher.

200 Jugendliche fordern:

Weg mit der Jugendpolizei!



Das kommt nicht alle Tage vor: Die Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses müssen sich rechtfertigen!

Unverhofft sahen sich die Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses des Stadtrats Köln während ihrer Sitzung vom 12. 3. von Jugendlichen umringt. Sie verlangten von jedem einzelnen Mitglied eine Stellungnahme zum Erlaß des NRW-Innenministers Hirsch über die Einrichtung der Jugendpolizei und zu konkreten Maßnahmen in Köln. Ganze zwei Mitglieder gaben eine Erklärung gegen die Jugendpolizei ab. Nicht so zum Beispiel der Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, der den berechtigten Protest gegen diese Faschisierungsmaßnahme mit den Worten abtun zu können glaubte: „Wer gegen die Polizei ist, ist gegen den Staat." Die 200 Jugendlichen hatten vorher mit einer Demonstration großes Aufsehen erregt (siehe auch Seite 7).

Verleger Meyer will „Bremer Nachrichten" liquidieren

Der Besitzer der beiden Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" plant die Abschaffung der „Bremer Nachrichten", die er 1974 aufgekauft hatte. Inzwischen wurden sowohl im technischen als auch im Redaktions- und Verwaltungsbereich verschiedene Abteilungen dichtgemacht oder mit dem „Weser-Kurier" zusammengelegt. So der Akzidenz- und Anzeigenbereich in der Technik, der Vertrieb, die Finanz-, Personal- und Anzeigenabteilung in der Verwaltung und im Redaktionsbereich das Wirtschaftsressort, das Archiv und die Wochenendbeilagen. Es wurde für beide Zeitungen ein gemeinsamer „Redaktionsdirektor" eingesetzt.

Jetzt will Meyer bis Ende März die Sportredaktionen zusammenlegen. Die Lokalbeilage „Nordkurier" soll in der Beilage „Die Norddeutsche" aufgehen.

Als Meyer die „Bremer Nachrichten" aufkaufte, wurden ihm vom Senat dafür Subventionen in den Rachen geworfen. Meyer hatte das Versprechen abgegeben, die Eigenständigkeit beider Zeitungen im redaktionellen, produktions- und verwaltungstechnischen Bereich nicht anzutasten.

Schon die bisherigen Zusammenlegungen hatten 300 Arbeitsplätze vernichtet. Die jetzt angekündigten Maßnahmen bedeuten eine weitere Arbeitsplatzvernichtung. Zugleich bedeutet der Abbau der „Bremer Nachrichten" als eigenständige Zeitung eine weitere Gleichschaltung der Presse. Die Belegschaften der beiden Zeitungen haben jedoch scharfen Protest erhoben und erklärt, daß sie sich gegen den Angriff wehren werden.

Gewerkschafter fordern: Verjährung aufheben!

Die Vertreterversammlung der IG Metall Dortmund hat einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die Bundestagsabgeordneten aufgefordert werden, die Nichtverjährung von Naziverbrechen zu beschließen. In der Resolution heißt es u. a.: „Die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht mit anderen Verbrechen vergleichbar... Der Naziterror war staatlich geplant und organisiert. So etwas darf nicht verjähren, damit es nie wieder vorkommt."

Krankenhauspersonal im Kampf

2.500 gingen in Westberlin auf die Straße

2.500 Menschen, Krankenhausbeschäftigte in Westberlin, demonstrierten am 14. März gegen die himmelschreienden Mißstände an den Krankenhäusern. Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht mehr gewillt, den Personal- und Bettenabbau und die sich verschlechternden Behandlungsmöglichkeiten kampflos hinzunehmen.

Schon seit langem machte sich wachsende Empörung über die skrupellosen Sparmaßnahmen des Senats an den Krankenhäusern breit. Sie gehen nicht nur zu Lasten der Krankenhausbeschäftigten, sondern vor allem auch der Patienten. Eine vernünftige Behandlung und Heilung ist kaum mehr zu gewährleisten. Trotzdem will der Senat in den nächsten zehn Jahren noch 8.000 weitere Betten in Westberlin abbauen.

Weil die ÖTV-Führung den Kampf der Kollegen abwiegeln wollte und eine Demonstration gegen die Mißstände ablehnte, haben aktive Kollegen, darunter auch viele Vertrauensleute und Personalräte, die Sache selbst in die Hand genommen. Die Demonstration fand gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen statt. Der Senat und die Krankenhausverwaltungen reagierten mit wilder Hetze.

Der Kampf der Kollegen wird sich trotzdem weiter verstärken. Auch in der Bundesrepublik wächst die Bewegung des Krankenhauspersonals an. So hatten im November vergangenen Jahres in Dortmund mehr als tausend Kolleginnen und Kollegen gegen die Mißstände an den Krankenhäusern demonstriert (siehe auch Seite 6).



Die Partei unterstützt den Kampf gegen den Bettenabbau und Planstellenstreichungen. Informationsstand im Juli 1977.

Kommentar

„Kommt die Energiekrise?" fragte in der vergangenen Woche die Illustrierte „Quick" ihre Leser. Die suggestive Frage prangte auf einem doppelseitigen Bild, das eine völlig leere Autobahn zeigte — Erinnerung an das Fahrverbot vom Dezember 1973. Die Antwort wurde natürlich gleich mitgeliefert. Sie kommt — die Energiekrise, und mit ihr „viele neue Arbeitslose" und das „Ende des Traums vom sorgenfreien Leben".

zei. Die ganze Angstpropaganda um die angebliche Energiekrise, sie dient auch dazu, den Bau dieses Kernstücks des Bonner Atomprogramms psychologisch vorzubereiten und ihn gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.

Dieser Widerstand ist beträchtlich. Das haben nicht nur die Aktionen der letzten Tage und die früheren Kämpfe um Brokdorf, Wyhl usw. gezeigt. Das machten auch Meinungs-

Die „Energiekrise", Gorleben und das Bonner Energieprogramm

Neu ist eine solche Schreckensvision allerdings nicht. Seit dem Sturz der faschistischen Diktatur im Öllieferland Iran wird uns die „Energiekrise" geradezu um die Ohren geschlagen. Mal reißerisch im Stil von „Quick" oder „Bild", mal seriöser, wie man es etwa letzte Woche im „Spiegel" nachlesen konnte. Dort meldete sich der Chef des größten Konzerns der Bundesrepublik, des Energiegiganten VEBA, zu Wort mit der Erklärung, er sei „absolut sicher, daß wir in eine Verknappungssituation kommen — die Frage ist nur, wann."

Kein Zweifel, hier wird seit einiger Zeit bewußt und systematisch Angst geschürt, die Angst vor einer Zukunft ohne Licht und Wärme, die Angst vor einem weitgehenden Zusammenbruch der Wirtschaft aufgrund eines Abbruchs der Energiezufuhr. Diejenigen, die solche Angstmache betreiben, schlagen damit sozusagen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen wollen sie damit die unverschämte Preistreiberei der Ölmultis rechtfertigen, die ja mit der angeblichen Verknappung der Ölproduktion begründet wird. In Wirklichkeit liefert der Iran weiter, haben andere Ölländer ihren Ausstoß erhöht, sind die Tanks der Multis übervoll usw.

Und das andere ist die Frage der Atomenergie. VEBA-Chef Benningsen hält den „Ausbau des Atomprogramms für dringend notwendig" — wegen der „Verknappungssituation". CDU-Boß Kohl forderte vor wenigen Tagen die Bundesregierung auf, „ein klares Ja zur Kernenergie" zu geben — wegen der Gefahr einer neuen Ölkrise. Die Bundesregierung hat ihr Ja mehr als deutlich gesprochen: In der letzten Woche wurde mit dem Bau des Atomzentrums in Gorleben begonnen, unter dem Schutz von starken Einheiten des Grenzschutzes und der Poli-

umfragen deutlich, die Bonn in den vergangenen Monaten anstellen ließ. Zu deutlich sind den Menschen unseres Landes die mit dem Atomprogramm verbundenen Gefahren der Verseuchung von Leben und Umwelt. Gerade der Bau von Gorleben, wo noch nicht einmal die alltäglichsten Probleme — die Reinigung der Abgase von radioaktiven Substanzen, die Vorsorge gegen größere Unfälle — gelöst sind, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, mit welcher Skrupellosigkeit die Herren dieses Landes Leben und Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel setzen.

Sie, die Bosse der Energiemonopole, der Elektroindustrie usw. wollen die Profite, die ihnen das Geschäft in den Atomkraftwerken verspricht. Sie wollen sich gesundstoßen am Verkauf von AKWs nach Brasilien, Argentinien usw., wobei sie gleichzeitig die Energiewirtschaft dieser Länder unter Kontrolle bringen wollen. Und schließlich: Die in Gorleben geplante Wiederaufbereitungsanlage soll auch Plutonium erzeugen, einen Stoff, der — wie es in der Studie einer amerikanischen Behörde heißt — „innerhalb von Tagen in Waffensprengköpfen eingebaut werden könnte". Der Weg zur Herstellung von Atomwaffen, nach denen die westdeutschen Imperialisten gieren, um ihre militärische Macht noch weiter zu vergrößern, dieser Weg führt über Gorleben.

Aus all diesen Gründen versuchen sie den Bau ihres Atomzentrums durchzusetzen — mit dem Polizeiknüppel und mit der verlogenen Angstpropaganda. Aber weder mit Einschüchterung noch mit Täuschung werden sie den Kampf unterdrücken können.

Sofortige Einstellung der Bauarbeiten in Gorleben!
Weg mit dem Bonner Atomprogramm!

Aus dem Inhalt

Postlehrlinge kämpfen gegen Nichtübernahme 4
Verfilzung: Staatssekretär wird Gewerkschaftsboß ... 4
Arbeiterkorrespondenzen .. 5
NATO-Stabsmanöver Wintex — Notstandsübung in einem Kaufhaus 6
Neonazistische Zwischenfälle häufen sich: Kein Anlaß zur Sorge? 7
Früh übt sich, was ein Spitzel werden will: Ortsvorsitzender der Jungen Union betreibt Gesinnungsschnüffelei 7
Initiative fordert: Keine Jugendpolizei in NRW! 7
Volkskorrespondenz: Widerstand gegen die Wesermarsch-Autobahn 8
Iran: Regierung fordert Einstellung der Hinrichtungen von Faschisten 10
Europäisches Währungssystem in Kraft: EG soll DM-Zone werden 11
Britische Untersuchungskommission bestätigt: Systematische Folter an irischen Patrioten 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Das Schicksal vieler Bauern ist besiegelt, wenn die von Ertl gerechtfertigten EWG-Pläne verwirklicht werden. Doch die Bauern wehren sich dagegen. Hier das Bild einer Bauerndemonstration in Heide am 18. 7. 74.

Agrarbericht '79:
Schönfärberei soll Ruinierung der Kleinbauern verdecken

Ein rosiges Bild malte Landwirtschaftsminister Ertl von der Lage der Bauern, als er vergangene Woche im Bundestag den Agrarbericht 1979 einbrachte. Um 10,3 Prozent sei das Reineinkommen pro Familienarbeitskraft gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Angesichts dieser Entwicklung glaubte er auch, den Bauern „Konsequenzen" zumuten zu können wie zum Beispiel die EWG-Beschlüsse über das Einfrieren der Agrarpreise.

Auf diese Schönfärberei Ertls, die im Kontrast zu der tatsächlichen Entwicklung in der Landwirtschaft steht, wies im Januar bereits „Freies Landvolk", die Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung, hin. „Freies Landvolk" widerlegte an konkreten Beispielen Ertls Märchen von der „Rekordernte", die angeblich im Wirtschaftsjahr 1977/78 eingefahren worden sein soll.

„Sie hatten zwar eine Rekordernte eingebracht", schreibt die Zeitschrift, „aber das Korn hatte auch eine Rekordfeuchtigkeit in sich. Und die mußte erst durch intensive Trocknung herausgebracht werden. Oftmals gab es dann Schrumpfkörner, die nur mit Preisabschlägen verkauft werden konnten." So waren die Genossenschaften, die Lebensmittelkonzerne und die Banken auch diesmal wieder die Nutznießer dieser „Rekordernte"!

Wenn Ertl jetzt von einer Steigerung des Reineinkommens von 10,3 Prozent spricht, so täuscht das über die Tatsache hinweg, daß diese Zahl auf das Wirtschaftsjahr 1976/77 bezogen ist, wo es eine katastrophale Mißernte gab. Vergleicht man aber das Reineinkommen mit dem von 1975/76, so liegt es immer noch um 5 Prozent tiefer!

Vor allen Dingen aber soll diese Zahl vertuschen, daß es hauptsächlich die Großagrarier waren, die Gewinne gemacht haben. So liegt nach Angaben des Agrarberichts das Reineinkommen je Familienarbeitskraft im unteren Viertel aller Fälle bei 8.307 Mark im Jahr (im oberen bei 55.062 Mark)! Wenn man bedenkt, daß von diesem Betrag noch Beiträge für Renten- und Krankenversicherung, Neuinvestitionen usw. abgehen, kann man sich vorstellen, daß Betriebe mit einem solchen Einkommen pro Person vor dem Ruin stehen.

Das Schicksal vieler dieser Bauern ist aber besiegelt, wenn die von Ertl gerechtfertigten EWG-Pläne umgesetzt werden, die Agrarpreise einzufrieren oder, zum Beispiel bei Milch, zu kürzen. Das würde weitere Einbußen mit sich bringen, die das Sterben der kleinbäuerlichen Betriebe drastisch vorantreiben würde. Aber das ist es gerade, was Ertl, der Interessenvertreter der Großagrarier und Monopole, sich wünscht.

Im Agrarbericht bedauert er den „verzögerten Strukturwandel der Landwirtschaft". Offen gibt er zu, daß die Gewinne nur dadurch zustande kamen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte reduziert wurde, mit anderen Worten: durch die verschärfte Ausplünderung der Landbevölkerung! Aber dieser Prozeß geht ihm nicht schnell genug. So propagierte er, „daß wieder mehr Landwirte mit unzureichender Existenzbasis" die Möglichkeit ergreifen, „ihre Einkommensverhältnisse durch Berufskombination oder Berufswechsel zu verbessern".

Das sind nichts als höfliche Worte für das brutale Bauernlegen. Den Bauernsöhnen empfahl er, sich für andere Berufe ausbilden zu lassen. Aber was nützt die Ausbildung, wenn man hinterher keine Arbeit bekommen kann. Mit diesen Empfehlungen soll den Bauern nur Sand in die Augen gestreut werden, damit sie die Härte des auf sie zukommenden Schicksals nicht sehen!

Die Pläne für die verschärfte Besteuerung vor allem der Kleinbauern, aus denen man zusätzlich 2 Milliarden Mark herauspressen will (siehe RM 10/79, S. 3) hat Ertl in seiner Rede vor dem Bundestag scheinbar vorerst zurückgestellt. Zu groß war die Empörung unter den Bauern, als diese Pläne im letzten Jahr bekannt wurden. Aufgehoben sind diese Pläne damit aber nicht!

Honecker auf der Leipziger Messe:
Kooperationsverträge mit dem Westen

Am 11. 3. wurde die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet. Allein aus der Bundesrepublik waren 819 Firmen vertreten, unter ihnen Konzerne wie Krupp, Thyssen, Siemens, Hoesch, Salzgitter AG, Bosch, Standard Electric Lorenz und AEG-Telefunken.

Glaubt man der Propaganda der DKP, so war die Anwesenheit der Monopolvertreter in Leipzig ganz zum Nutzen der westdeutschen Arbeiter. Aufträge aus der DDR wären nämlich der Hoffnungsschimmer auf sichere Arbeitsplätze. Was die DKP den Arbeitern verschweigt, pfiffen in der übrigen bürgerlichen Presse die Spatzen von den Dächern: Es ging hier um handfeste imperialistische Geschäfte — auf beiden Seiten!

SED-Chef Honecker persönlich besuchte den Stand des Krupp-Konzerns und brachte dort seine Pläne auf den Tisch: „Kooperationsverträge", das heißt mit Hilfe westdeutscher Firmen „das Anlagengeschäft in Drittländern zu intensivieren". Diese Absicht stieß auf große Gegenliebe bei den westdeutschen Monopolen. Kein Wunder, denn Honecker hat ihnen auch etwas zu bieten.

Gerade erst beendete er seine Rundreise durch die vier afrikanischen Staaten Libyen, Angola, Sambia und Mosambik, wo er sich als Unterstützer der Unabhängigkeitsbestrebungen ausgab. In Wirklichkeit schloß er verschiedene Verträge ab, die auf direktem oder indirektem Wege das Ziel verfolgen, an neue Märkte und Rohstoffe heranzukommen, zum Beispiel an das Erdöl in Angola und Mosambik und das sambische Kupfer.

Westdeutsches Kapital und Know-how beim Rohstoffabbau würde der neuen Bourgeoisie der DDR sehr nützen. Honecker weiß aber auch, daß es für die westdeutschen Monopole nur über die Beziehungen der DDR Zugang zu diesen Staaten geben kann. Das nutzt er geschickt aus. So kommen beide imperialistische Seiten ins Geschäft, um gemeinsam die Völker des afrikanischen Kontinents auszubeuten.

Die Verhandlungen zur Verwirklichung dieser Pläne laufen auf vollen Touren. Bereits am 12. traf Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit dem DDR-Außenminister zusammen, um die konkreten Verhandlungen zu führen.

IG-Metall-Vorsitzender Loderer durfte dabei nicht fehlen. Er folgte Ende letzter Woche mit einer Gewerkschaftsdelegation. Auch der von der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft herausgegebene „Außenhandelsdienst" lobte diese Verbindung in den höchsten Tönen.

Bundestagsdebatte zum Mutterschutz

Am Donnerstag letzter Woche fand die Bundestagsdebatte über die schon lange brennend notwendige Verbesserung des Mutterschutzes statt. Der Regierungsentwurf für das neue Mutterschutzgesetz sieht Verbesserungen vor, die allerdings halbherzig sind: Die bisherige Schutzfrist von acht Wochen bei der Mutterschaft soll um vier Monate verlängert werden. Während dieser Zeit erhält die Mutter vom Staat eine am Nettoeinkommen orientierte finanzielle Entschädigung von monatlich maximal 750 DM. Die bisherige Kündigungsschutzfrist wird entsprechend verlängert und ein Anspruch auf den bisherigen Arbeitsplatz soll garantiert werden.

Die Unternehmer werden allerdings zur Gewährung des Mutterschaftsurlaubs nur verpflichtet, wenn ein Antrag gestellt wird. Die Forderung, daß der Urlaub wahlweise auch den Vätern gewährt wird, wurde nicht berücksichtigt. Überdies sind sechs Monate angesichts des Mangels an Kinderkrippen zu kurz.


Geringer Lohn in der Fabrik, Schwerarbeit zu Hause — das ist das Los der werktätigen Frauen.

Die CDU brachte einen Gegenentwurf ein, der einerseits demagogisch auf Wählergunst spekuliert, zugleich aber reaktionär und frauenfeindlich ist. Er sieht vor, daß zwar 18 Monate lang 400 DM bezahlt werden, aber ohne jeden Versicherungs- und Arbeitsplatzschutz. Die Stoßrichtung dabei ist, berufstätige Mütter zu drängen, aus dem Berufsleben auszuscheiden nach dem Motto: Die Welt der deutschen Frau ist Küche, Kirche und Kinder. Übrigens sagen die CDU-Politiker ganz offen, worum es ihnen eigentlich geht: darum, das „alarmierende Sinken der Geburtenzahlen" zu bremsen.

Exilkroaten unbehelligt

Außer Nordrhein-Westfalen hat sechs Wochen nach dem Freispruch des exilkroatischen Terroristen Bilandzic noch kein Bundesland Maßnahmen gegen das Treiben der kroatischen faschistischen Banden ergriffen. Und das, obwohl die Länderregierungen nach einem Beschluß der Innenministerkonferenz vom November 1978 dazu verpflichtet sind, „mit allen rechtlichen Mitteln gegen Ausländer vorzugehen, die die Sicherheit der Bundesrepublik bedrohen". Aber offensichtlich fühlt sich dieser Staat durch das Treiben der Faschisten nicht bedroht. Bilandzic und Konsorten können also weitermachen!

Opel teurer

Der staatliche VW-Konzern war der Vorreiter. Trotz Superprofiten hatte er die Preise um 2,9 Prozent angehoben. Jetzt ist Opel nachgezogen, ebenfalls mit einer durchschnittlichen Verteuerung um 2,9 Prozent. Andere Autokonzerne haben Preiserhöhungen angekündigt.



Protestdemonstration in Hamburg gegen die Probebohrungen

In Gorleben darf kein „Entsorgungszentrum" entstehen

Fortsetzung: Polizeimaßnahmen in Gorleben

Bevor noch am 14. März im Morgengrauen in Gorleben die „Probebohrungen" begannen, besetzten Einheiten des Bundesgrenzschutzes das Gelände. Insgesamt waren an diesem 14. März schon 2.000 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte gegen die Kernkraftgegner aufmarschiert. Es war die bisher größte Polizeikonzentration in Gorleben. Die Verantwortlichen machten damit noch einmal deutlich, daß ihr wichtigster Hebel zur Durchsetzung ihres Atomenergieprogramms die nackte Gewalt ist.

In dieser zweiten Folge über das „Entsorgungszentrum" Gorleben werden wir uns etwas näher mit den Maßnahmen und dem Vorgehen der Verantwortlichen — des Staates und der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) — befassen. In der ersten Folge behandelten wir das Ausmaß und die ungeheure Gefährlichkeit der Plutoniumfabrik sowie ihre zentrale Bedeutung für das Kernenergieprogramm der Bundesregierung.

„Rücksichtnahme ist völlig fehl am Platze"

Um das geplante Entsorgungszentrum Gorleben polizeilich und militärisch abzusichern, vor allem aber um dem immer stärker werdenden Widerstand der Bevölkerung zu begegnen, treffen die Verantwortlichen immense „Sicherheitsmaßnahmen". In einem Dossier der DWK heißt es: „Bei der Polizei hat sich die Vorstellung fest verankert, daß die Gegner des Projektes früher oder später ganz massiv vorgehen werden. ... Rücksichtnahme auf den negativen Eindruck, den massive Sicherungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit erwecken können, sei deshalb völlig fehl am Platz."

Die Vorkehrungen, die von staatlicher Seite schon jetzt, lange vor dem eigentlichen Baubeginn, getroffen werden, entsprechen ganz dieser „harten Linie". 1.200 Polizisten und 575 Grenzschutzbeamte werden im Kreis Lüchow-Dannenberg einquartiert, um die geplante Baustelle zu sichern. Eigens für das Projekt bei Gorleben beschleunigt die niedersächsische Regierung den Aufbau einer Abteilung Bereitschaftspolizei für den Bezirk Lüneburg. Allein infolge „Gorleben" wird sich in Niedersachsen bis Anfang der achtziger Jahre das Verhältnis von Polizisten zu Einwohnern von 1:451 auf 1:400 verschärfen. Die Kosten für diese „Sicherungsmaßnahmen" betragen für die nächsten zehn Jahre 500 Millionen Mark. Erst Anfang Februar ist zwischen der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung ein Abkommen ausgehandelt worden, nach dem der Bund die Verpflichtung für die ersten 200 Millionen Mark übernimmt. Die Pläne des Bundesinnenministers Baum, nach denen die Bundeswehr in die „Schlacht um Gorleben" hineingezogen werden soll, sind vorerst auf Eis gelegt worden.

Für den Bau des Entsorgungszentrums sind gewaltige Sicherungsbauten geplant. Schon die „Probebohrungen" werden bürgerkriegsmäßig abgeschirmt. Um die Tiefbohrstellen soll im Umkreis von jeweils 100 Metern der Wald abgeholzt werden. Mannshohe Schutzwälle, Stacheldrahtbarrieren, Elektrozäune und Mikrophone sollen die Bohrstellen sichern; von starken Scheinwerfern sollen sie ausgeleuchtet werden. Schon die Massivität der Sicherungsmaßnahmen läßt die Behauptung, es handele sich lediglich um **Versuch**-, Erkundungs- oder **Probe**bohrungen, unglaubwürdig erscheinen. „Die heutigen Flachbohrungen", erklärte am 14. März ein Sprecher der Bürgerinitiative, „bezwekken nur eines: Fakten zu schaffen und Macht zu demonstrieren!"

Gorleben wird Staatsschutzgebiet

In Erwartung von Bürgerprotesten verwandeln die Verantwortlichen Gorleben und Umgebung immer mehr in ein Staatsschutzgebiet. Die Bewohner des Gebietes, Durchreisende, Feriengäste und Umweltschützer werden zunehmend überwacht und bespitzelt. In der Lüneburger Bezirksregierung, wo die Polizei ein „Lagezentrum Gorleben" eingerichtet hat, fanden Journalisten im letzten Frühjahr bei einer Besichtigung an den Wänden Aufzeichnungen über die Standorte, die oragnisatorische Entwicklung und die Versammlungstermine von Bürgerinitiativen, Angaben über Wohngemeinschaften und auch einen Organisationsplan der „Grünen Liste Umweltschutz". Im letzten Jahr hatte auch die DWK Spitzel einer privaten Wachgesellschaft, der Stader Firma Wako (Wachkommando Nord) auf die Einwohner der Umgebung von Gorleben angesetzt. Diese professionelle Schnüffelei mußte auf Proteste hin zurückgenommen werden.

„Immer mehr Polizei und Bundesgrenzschutz, immer mehr Überwachung der Bevölkerung, immer mehr Absperrungen, immer mehr Einschüchterung und Verängstigung" — so kennzeichnet ein Flugblatt aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg die Situation. Viele Bewohner des Kreises sehen — sollte es den Verantwortlichen gelingen, die „sicherheitsempfindliche" Plutoniumfabrik zu errichten — eine Zukunft mit totaler Überwachung auf sich zukommen.

Im Rahmen ihrer „Staatsschutzmaßnahmen" betreiben die Verantwortlichen auch eine gezielte Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne gegen die Gegner des Atomprojekts in Gorleben. So wurden in eine Bürgerinitiative in Göttingen Polizeispitzel eingeschleust, die sich besonders radikal gebärdeten, mit Tränengasgranaten in der Tasche herumliefen und die Umweltschützer zu terroristischen Aktionen zu provozieren versuchten. Zur gleichen Zeit ließ die niedersächsische Landesregierung scheinheilig in einem Flugblatt schreiben: „Wir bitten die Bevölkerung von Niedersachsen, wie bisher Besonnenheit zu bewahren und sich nicht von Extremisten in gewaltätige Aktionen hineinziehen zu lassen." — Lüge, Demagogie, Provokation, Kriminalisierung — das sind alte Methoden der Reaktion, die im Fall Gorleben anschaulich in Anwendung kommen!

Flankiert werden die „Staatsschutzmaßnahmen" von einer aufwendigen propagandistischen Kampagne, um die Bevölkerung im Sinne der Politiker und der Atomkonzerne zu beeinflussen. Für Anzeigenkampagnen, Broschüren, für die Organisation von sogenannten Informationsveranstaltungen und für die Einrichtung einer „Informations- und Kontaktstelle nukleares Entsorgungszentrum" stellt die Bundesregierung eine Million Mark zur Verfügung. Auch die DWK rührt kräftig die Propagandatrommel: Sie hat einen „Informationsbus" ausgerüstet und gegenüber dem Rathaus in Lüchow ein „Informationsbüro" eingerichtet.

Die Bevölkerung leistet Widerstand

Gorleben wurde am 22. Februar 1977 von der niedersächsischen Landesregierung als Standort für das Atomzentrum vorgeschlagen. Am 5. Juli 1977 wurde es von der Bundesregierung als Standort akzeptiert.

Gegen das Atomprojekt bildete sich von Anfang an Widerstand. Bürgerinitiativen und neue Umweltschutzgruppen entstanden. Vor dem „Informationsbus" der DWK wurde eine Fuhre Mist abgekippt. Auf dem für das „Entsorgungszentrum" geplanten Gelände errichteten Kernkraftgegner einen Kinderspielplatz.

Mit üblen erpresserischen Methoden gelang es der DWK im Frühjahr 1978, einen großen Teil des für den Atombau benötigten Geländes in ihren Besitz zu bringen (siehe Kasten). Bei ihrem Vorgehen wurde die DWK von staatlichen Stellen massiv unterstützt und gedeckt. Die Verantwortlichen erwogen sogar Gesetzesänderungen, um die DWK in den Besitz des benötigten Baulandes zu bringen. Dies geht aus einem Papier aus dem niedersächsischen Sozialministerium (Aktenzeichen 301/21011) vom 18. Januar 1978 hervor, das den Titel „Vorschlag zum Abbau investitionshemmender Vorschriften" trägt. Danach sollen verschiedene Bau- und Planungsgesetze so abgeändert werden, daß die Kompetenz der Gemeinden bei Errichtung von „Projekten überörtlicher Bedeutung" aufgehoben oder eingeschränkt und die gesetzlichen Möglichkeiten von Bürgern zum Einspruch gegen Kernkraftwerke eingeengt werden kann.

Die Inbesitznahme eines großen Teils des Baulandes durch die DWK war ein erster Rückschlag für den Kampf der Bevölkerung. Brechen aber konnte dies den Kampf nicht. Seit Ende letzten Jahres nehmen die Widerstandsaktionen zu.

- Im Dezember 1978 fand eine Treckerdemonstration mit insgesamt 35 Fahrzeugen statt.
- Am 7. Februar demonstrierten betroffene Bauern mit 115 Fahrzeugen — Traktoren, Unimogs und einem Mähdrescher — vor einem Hotel in Gartow, wo hinter verschlossenen Türen der Forschungsausschuß des Bundestages und andere Verantwortliche zusammensaßen. Sie führten Tansparente mit wie „Wir fühlen uns verraten von Politik und Technokraten" und „Gestern Gaskammern, morgen Atomstaat".

Vom 25. bis 31. März schließlich ist eine Treckerdemonstration von Gorleben nach Hannover geplant unter dem Motto „Herr Albrecht, wir kommen!" Eine bundesweite Demonstration schließt den Marsch am 31. März in Hannover ab. Die Demonstration soll unter anderem auch — wie es in einem Flugblatt heißt — Öffentlichkeit zu einem wissenschaftlichen Hearing herstellen, das auf Geheiß der niedersächsischen Landesregierung zur gleichen Zeit hinter verschlossenen Türen in Hannover stattfinden soll.

Mit den Demonstrationen gegen die in der letzten Woche begonnenen „Probebohrungen" hat der Kampf gegen das in Gorleben geplante „Entsorgungszentrum" und gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung eine neue Stufe erreicht. Der Kampf ist zutiefst gerecht!



Bauerndemonstration gegen die Entsorgungsanlage in Gorleben

„Zur DWK wäre zu sagen..."

DWK: Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (Betreiberin der geplanten Atomfabrik in Gorleben).

Aus einem Interview mit einem Mitglied der Bürgerinitiative

„Zur DWK wäre zu sagen, daß sie den Eigentümern eine 5wöchige Frist, die am 2. Mai 1978 abgelaufen ist, gestellt hat. In dieser Frist zahlt sie einen Preis von 4,20 DM pro qm, ein paar Groschen nur für das Land und 2 DM Zuschlag, für schnellen Verkauf. Die DWK hat den Landwirten nur eine 5-Wochen-Frist gelassen, was bei den Landwirten eine ganz erhebliche Rechtsunsicherheit hervorgerufen hat; sie haben versucht, sich bei verschiedenen Anwälten und Öko-Instituten beraten zu lassen, aber es war alles so wahnsinnig kurzfristig und außerdem mit der Drohung im Hintergrund: Wenn die Eigentümer nicht bis zum 2. Mai verkaufen, dann werden sie also ziemlich bald enteignet und bekommen dann einen Preis von ca. 2 DM."

Die DWK „ist weder juristisch berechfigt, solche Drohungen auszusprechen, noch ist es überhaupt sicher, ob so schnell enteignet wird. Die ganzen Probleme sind ja noch offen. Und das ist also eine, also eine unglaubliche Erpressung."

„Und die DWK reitet eben auch auf dieser Methode — sie schickt ständig modifizierte Kaufverträge mit der Post, wenn sie nicht so reingelassen wird, sie kommt vorgefahren mit den großen Mercedessen, sie laden ein zu feudalem Essen... Sie sind eben einfach immer da, und dann immer mit dieser Drohung: ‚Es kommt sowieso hierher, und es wird enteignet!' Und dem kann sich ein Landwirt, der bisher nie mit diesen Dingen zu tun gehabt hat, auch schlecht erwehren."

„Wir wollen versuchen, Gedächtnisprotokolle zu machen, wo es wirklich solche Szenen gegeben hat, daß der Bauer seine weinende Frau ins Anwaltsbüro schleppen mußte, damit sie unterschreibt. Und daß wirklich Bauern, auch Landwirte, wirklich heulend in die Büros gegangen sind, das ist einfach vorgekommen, und wir wollen versuchen, das aufzuzeichnen."

(Aus: „Informationsdienst", Nummer 230)

Sofortige Einstellung der Bauarbeiten in Gorleben!

Fortsetzung von Seite 1

sen, Hamburg und an anderen Orten. An zwei Stellen wurde die Grenze zu Holland zwei bzw. drei Stunden lang blokkiert.

Nach letzten Meldungen wurden am Montag 80 bis 100 Kernkraftgegner festgenommen, als sie die Zufahrtsstraßen nach dem Bohrgelände in Gorleben zu blockieren versuchten.

Die Proteste der vergangenen Woche zielten nicht nur auf die in Gorleben geplante „Entsorgungsanlage". Sie richteten sich darüber hinaus gegen das gesamte Kernenergiekonzept der Bundesregierung, das zum Nutzen der Energiekonzerne auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung mit polizeistaatlichen Methoden durchgepeitscht werden soll.

Der Kampf gegen „Entsorgungszentrum" und Atomenergieprogramm ist gerecht. Er findet die volle Unterstützung der KPD/ML.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Neue Variante der Verfilzung
Staatssekretär wird Gewerkschaftsboß
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GdED wählt Ernst Haar zum neuen Vorsitzenden

Ein und derselbe Mann vereinigt in sich sowohl die Rolle eines Gewerkschaftsfunktionärs als auch die des „Arbeitgebers" und zwar in demselben Unternehmen. Das gibt es nicht? Beim DGB schon! Nicht nur das. Dieser Mann wird sogar zum Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gekürt. So geschehen jetzt auf dem Außerordentlichen Kongreß der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands).

Am Montag vergangener Woche wählte der Gewerkschaftstag mit 272 von 299 Stimmen den Parlametarischen Staatssekretär Ernst Haar zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft. Zu diesem Zeitpunkt aber war Haar immer noch politischer Chefstellvertreter und enger Mitarbeiter des „Hauptfeindes" der Eisenbahnergewerkschaft, des Bundesbahnpräsidenten Wolfgang Vaerst.

Die Verflechtung und Verfilzung des DGB-Apparats mit dem Bonner Staat besitzt somit eine neue Variante. Bekanntlich gibt es zahlreiche Fälle, wo hohe DGB-Funktionäre in die Bundes- oder Landespolitik überwechselten und Ämter als Regierungsmitglieder, Staatssekretäre usw. übernahmen. Als bekannte Beispiele seien hier die ehemaligen Gewerkschaftsführer Leber und Ahrend genannt, die später in Bonn als Minister auf der Regierungsbank Platz nahmen.

Der letzte bekannte Fall von Umzug aus einer Gewerkschaftszentrale des DGB in den Bonner Regierungsapparat ist der von Anke Fuchs. Sie war vor einiger Zeit noch Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall. Inzwischen aber ist sie Staatssekretärin in Bonn unter Bundesarbeitsminister Ehrenberg.

Daß aber umgekehrt ein hoher Staatsbeamter, und dazu noch aus einem Ministerium, das der betroffenen Gewerkschaft direkt als gegnerische Instanz, als „Arbeitgeber", gegenübersteht — das hat es bisher noch nicht gegeben!

Ernst Haar war früher bereits einmal Funktionär der GdED. Als damaliger Betriebsratsvorsitzender der Eisenbahn-Spar- und Darlehenskasse holte man ihn 1950 in die Gewerkschaftszentrale und übertrug ihm den Posten eines hauptamtlichen Revisors der GdED. Im Jahr 1972 engagierte ihn dann der damalige Bundesverkehrsminister und frühere Vorgesetzde der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden für sein Ministeriums in Bonn. Dort behielt Haar seinen Posten als Parlamentarischer Staatssekretär auch, als Leber in das Kriegsministerium überwechselte und für ihn Gscheidle kam.

Man will den Arbeitern weismachen, dadurch, daß solche „Gewerkschafter" wie Leber, Anke Fuchs oder auch Haar aktiv in der Regierung oder im Regierungsapparat mitmischen, kämen die Interessen des werktätigen Volkes mehr zum Tragen. Dieses Märchen wird aber durch die Realität ständig widerlegt.

Nehmen wir beispielsweise Anke Fuchs. In ihrer vor etwa zwei Jahren begonnenen Laufbahn als Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium hat sie sich bereits einen Namen gemacht. Und zwar dadurch, daß sie zusammen mit ihrem Chef Ehrenberg die umstrittene Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes ausgebrütet hat. Diese liegt ganz auf der Linie des berüchtigten „Zumutbarkeitserlasses", der — herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit — einen Sturm der Empörung ausgelöst hatte. Die unter maßgeblicher Beteiligung von Anke Fuchs entstandene Neufassung macht die Arbeitslosen noch rechtloser und liefert sie in brutaler Weise der Profitgier und Willkür der Unternehmer und Behörden aus.

Und der „ehemalige Eisenbahner" Ernst Haar? Auch von seiner Tätigkeit als Staatssekretär kann nichts Rühmliches berichtet werden. Die Politik, die unter seiner entscheidenden Mitverantwortung betrieben wurde, ist um keinen Funken besser als die Verkehrspolitik, die vor 1972, als er seinen Einstand in Bonn gab, betrieben wurde. Im Gegenteil. In den letzten Jahren wurden bei der Bundesbahn auf Kosten der Interessen der werktätigen Bevölkerung, besonders des arbeitenden Volkes auf dem Lande, rücksichtslos Strecken stillgelegt. Pläne für eine Halbierung des gesamten Streckennetzes von 30.000 auf 15.000 km wurden geschmiedet. Gleichzeitig wurde ein brutaler Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug in den Bahnbetrieben durchgepeitscht.

Die folgenden Zahlen sprechen eine klare Sprache: allein von 1974 bis 1978 wurden bei der Bundesbahn 43.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Zahl der Beschäftigten wurde in dieser Zeit von 343.000 auf rund 300.000 heruntergeschraubt. Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde sogar halbiert. Gegenüber rund 26.000 ist sie inzwischen auf 13.000 heruntergedrückt worden. Und das in einer Zeit, wo sich die Jugendarbeitslosigkeit immer schlimmer ausgebreitet hat und viele Jugendliche verzweifeln, weil ihnen jegliche Perspektive geraubt wird.

An all dem wird eines deutlich: die Verfilzung zwischen Staat und DGB-Apparat ändert nicht das geringste an der Politik der Regierung, die sich immer wieder als Politik im Dienst der Monopolkapitalisten und gegen die Arbeiter und Werktätigen erweist. Die innige Verbindung mit dem Bonner Staat ist lediglich das Ergebnis dessen, daß der DGB-Apparat selbst arbeiterfeindlich und reaktionär ist. Sie zeigt, daß er vollständig mit dem kapitalistischen System verschmilzt.

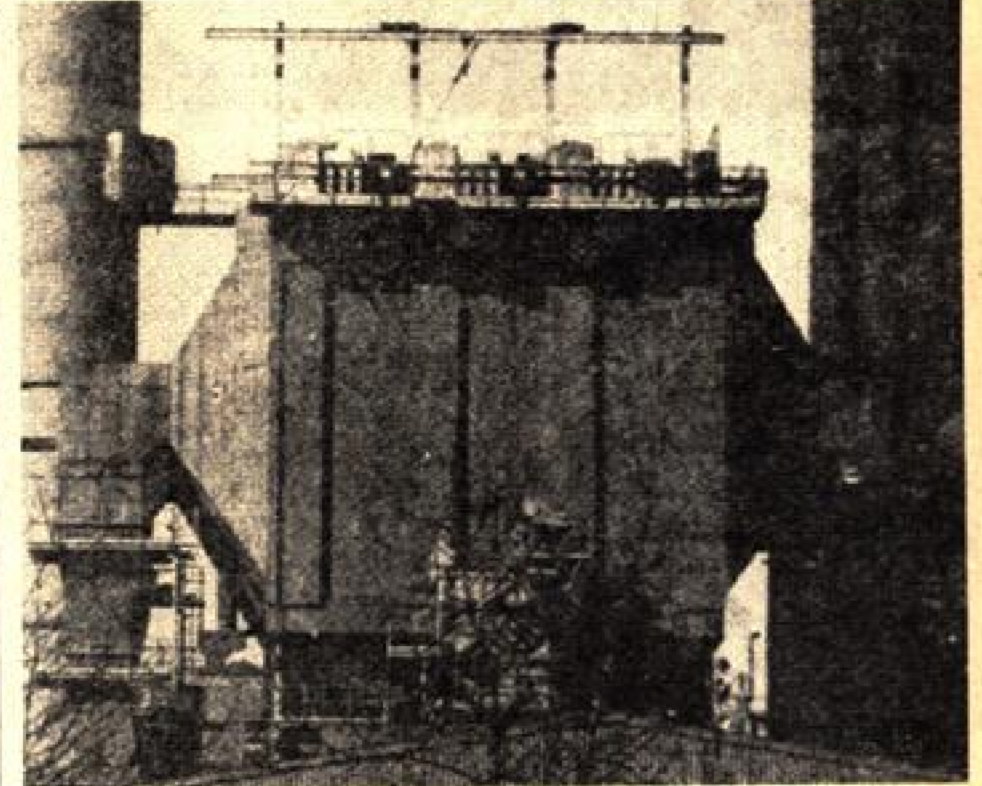
Der Nachfolger

Affären-Phillip nannte man ihn. Den bisherigen GdED-Vorsitzenden. Er war ein Mensch, dem das Glück nicht gerade an den Fersen klebte. Das zeigte sich beispielsweise, als Phillip Seibert im Jahr 1974 gemeinsam mit seinem Kontrahenten und Tarifpartner, dem Bundesbahnpräsidenten Vaerst, aus den Trümmern eines bei Nairobi abgestürzten Lufthansa-Jumbos kletterte. Zwar war es für Affären-Phillip zweifelsohne ein Glück, daß er bei dem Absturz nicht umkam. Gleichzeitig jedoch war es auch Pech. Phillip kam nämlich nicht nur mit dem Leben davon, sondern auch in die Schlagzeilen (wieder mal). Ohne den blöden Flugzeugabsturz wäre wahrscheinlich nie an die Öffentlichkeit gedrungen, daß Phillip gemeinsam mit seinem Freund-Feind Vaerst auf Kosten des Gerling-Konzerns einen Trip nach Südafrika unternahm, wo man den Freunden von der dortigen Regierung (die wegen ihres blutrünstigen, rassistischen und faschistischen Appartheid-Regimes in der ganzen Welt berühmt ist) einen Besuch abzustatten gedachte.

Das war beileibe nicht die einzige Affäre, die Seibert seinen Spitznamen einbrachte. Der Affären — zum Teil waren es dunkle Geldgeschäfte — waren es so viele, daß Seibert jetzt „vorzeitig in den Ruhestand getreten" ist bzw. wurde. Die Vorstandsmitglieder der GdED gelangten bereits gegen Ende des vergangenen Jahres zu der Einsicht, daß Affären-Phillip als ihr Vorsitzender nicht den allerbesten Eindruck machte.

Sie sahen sich nach einem Würdigeren um, den sie dem Gewerkschaftstag als Nachfolger vorschlagen könnten. Mit Ernst Haar haben sie ihn gefunden. Affären sind von ihm bislang nicht bekannt. In Bonn hat er sich als pflichtbewußter Staatssekretär bewährt, der es versteht, widerstrebende Interessen zugunsten des Gemeinwohls zu überbrücken.

Daß die Delegierten ihn mit überwältigender Mehrheit wählten (ein Gegenkandidat war allerdings nicht vorhanden), wundert also nicht. Haben sie doch endlich wieder einen Vorsitzenden, der eine weiße Weste und keinen Spitznamen hat. Das freut auch die DKP-Führung. DKP-Vorsitzender Mies gratulierte dem frischgebackenen Nachfolger per Glückwunschtelegramm.



Auch das Siemens-Martin-Werk mit vier Öfen bei den Thyssen-Edelstahl-Werken in Witten (Foto) soll stillgelegt werden. Die Thyssenbosse haben einen Stillegungs- und Rationalisierungsfeldzug im größten deutschen Stahlkonzern geplant, der Tausende von Kollegen direkt mit Entlassung bedroht und die Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen bedeuten würde.

Tausende von Entlassung bedroht!
Stillegungen und Rationalisierung bei Thyssen

Bereits im vergangenen Jahr verringerte sich die Belegschaft bei der Thyssen AG um 5.000 Beschäftigte. Aber noch viel drastischere Entlassungs- und Arbeitsplatzvernichtungsfeldzüge sollen jetzt beginnen. Das ergibt sich aus einer „Informationstagung", die von der Thyssen-Konzernspitze für die Betriebsräte und Arbeitsdirektoren aller Thyssen-Werke abgehalten wurde.

Eingeladen zu dieser „Informationstagung" hatte Heinz Oskar Vetter. In diesem Fall allerdings nicht in seiner Eigenschaft als DGB-Chef, sondern als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Thyssen AG.

Vorstandsmitglieder des größten deutschen Stahlkonzerns machten die Tagungsteilnehmer mit einem Rahmenplan für die nächsten Jahre bekannt, der unter anderem den Abbau „überschüssiger" Produktionskapazitäten bei Roheisen um 2,5 Millionen und bei Rohstahl um 3 Millionen Jahrestonnen vorsieht. Die gegenwärtigen Kapazitäten liegen bei 15 bzw. 19 Millionen Jahrestonnen.

Zugleich soll ein beispielloser Rationalisierungsfeldzug durchgepeitscht werden, der unter anderem Folgendes beinhaltet:

- In den Edelstahlwerken in **Witten** soll der erst 1973 in Betrieb genommene Elektroofen II stillgelegt und durch einen moderneren, weitgehend automatisierten Elektroofen ersetzt werden. Ferner soll das Siemens-Martin-Werk mit vier Öfen stillgelegt werden. Die Freiform-Schmiede mit den zugehörigen Bearbeitungsbetrieben soll aufgegeben werden.
- In **Duisburg-Ruhrort** soll ein Konverter mit einer Kapazität von 120.000 Monatstonnen stillgelegt bzw. eingemottet werden. In **Duisburg-Hamborn** und **-Meiderich** soll je ein Hochofen eingemottet werden.
- In **Hattingen** sollen Hunderte von Arbeitsplätzen vor allem im Verwaltungsbereich durch Rationalisierung „eingespart" werden. In **Krefeld** sollen zwei Profilstraßen stillgelegt werden. In **Oberhausen, Hamborn** und **Hattingen**, wo die Grobblechkapazitäten nach Angaben der Thyssen-Bosse nur zur Hälfte ausgelastet sind, sollen die dementsprechenden Belegschaften — wie es heißt — „verdünnt" werden.

Auf die Stahlwerker von Thyssen kommen also brutale Angriffe und Massenentlassungen zu. Deshalb heißt es für die Kollegen, nachdem der Kampf für die 35-Stunden-Woche von der Gewerkschaftsführung verraten wurde: sich rüsten, sich zum Kampf formieren, um die Arbeitsplätze mit allen Mitteln zu verteidigen!

Deutsche Bundespost
Rationalisierungsterror und Rekordprofit

Auf über 2 Milliarden Mark beläuft sich der Profit, den Minister Gscheidle im vergangenen Jahr mit der Deutschen Bundespost erzielen konnte. Damit kann sich das staatskapitalistische Monopol-Unternehmen in eine Reihe mit den ganz großen Profithaien der Bundesrepublik stellen: der Siemens, Bayer, VW usw.

Und wie bei den Konzernen der Privatwirtschaft, so ist es auch bei der Post: Hauptsächliche Quelle für den Superprofit ist die verschärfte Ausbeutung am Arbeitsplatz, ist der rücksichtslose Rationalisierungsterror. Auch Gscheidles Rezept heißt: aus weniger Beschäftigten größere Leistungen herauspressen. Einige Zahlen und Fakten mögen dies verdeutlichen.

Die Beschäftigtenzahl sank bei der Deutschen Bundespost von 1960 bis heute um rund 15 Prozent. 80.000 Arbeitsplätze wurden in dieser Zeit vernichtet. Heute sind bei der Post noch rund 450.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt.

Im gleichen Zeitraum, in dem dieser „Personalabbau" durchgepeitscht wurde, sind aber die Verkehrsleistungen der Post um 163 Prozent gestiegen! Während die Zahl der Postämter verringert wurde, nahm die Einwohnerzahl pro Postamt dementsprechend zu. Kamen 1972 auf ein Postamt im Durchschnitt 2.553 Einwohner, so waren es 1977 bereits 3.011!

Wenn man jetzt noch die ständig steigenden Gebühren berücksichtigt, so wundert man sich nicht mehr darüber, wie sehr der Umsatz pro Kopf der Postbediensteten hochgeschnellt ist: 1968 lag er noch bei 25.850 Mark. Bis 1977 war er bereits auf 64.057 Mark gestiegen!

Und dies ist die andere Seite der Medaille: wachsende Arbeitshetze, zunehmende Ruinierung der Gesundheit bei den Arbeitern sowie bei den kleinen Angestellten und Beamten.

Allein im vergangenen Jahr haben die Überstunden bei der Bundespost um 14 Prozent zugenommen. Ein ständig wachsender Teil der Postbediensteten muß im Schichtdienst arbeiten: 1976/77 waren es bereits 30 Prozent, inzwischen dürfte ihr Anteil noch höher sein.

All das und der Streß, der immer schlimmer wird, führen zum Anwachsen des Krankenstandes. Dieser aber wird wiederum auf den Knochen der Beschäftigten ausgeglichen. Wo ständig Kürzungen im Stellenplan vorgenommen werden, kann das auch gar nicht anders sein. So dürfen zum Beispiel viele Postler ihren Tarifurlaub nicht voll in Anspruch nehmen. Bei manchen Postämtern besteht ein Urlaubsüberhang bis zu 20 Prozent.

Neben dem Rationalisierungsterror und der Arbeitsplatzvernichtung gibt es noch einen zweiten Hauptfaktor für Gscheidles glänzende Profitbilanz: die ständigen unverschämten Gebührenerhöhungen, die übrigens fast immer so ausgetüftelt sind, daß sie hauptsächlich Otto Normalverbraucher treffen.

Postlehrlinge kämpfen gegen Nichtübernahme

Im Februar erteilte das Bundespostministerium an alle Fernmeldämter per Telegramm die Anweisung: Keine Übernahme der Lehrlinge außer unter der Bedingung, daß bestehende Arbeitsplätze „geräumt" werden. Diese Anordnung basierte auf folgendem Beschluß des Ministeriums: Die Beschäftigtenzahl von 450.000 Arbeitern, Angestellten und Beamten bei der Bundespost darf nicht nach oben hin durchbrochen werden.

Die ungeheuerliche Nicht-Übernahme-Anweisung von Gscheidle und Co. hätte für 4.000 Fernmeldehandwerker bedeutet, daß sie nicht übernommen werden. Aber Gescheidle hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Es kam zu einer Welle von Protesten und Aktionen gegen die Nichtübernahme-Anweisung. Unter dem Druck dieses Kampfes stellte sich der Postverwaltungsrat vor drei Wochen gegen das Ministerium. Gscheidle und Co. wurden aufgefordert, den Beschluß mit der Beschäftigungsobergrenze rückgängig zu machen und alle Auszubildende in ihrem erlernten Beruf einzustellen.

Jetzt erklärte ein Vertreter des Postministeriums, alle Auszubildenden würden nun doch übernommen, jedoch nur ein Teil der Fernmeldehandwerker in ihrem erlernten Beruf.

Der Kampf gegen die Nichtübernahme hat also bereits Wirkung gezeigt. Er muß aber weitergeführt werden, und zwar in schärferer Form, damit alle Auszubildenden auch wirklich in ihrem Beruf übernommen werden.

Erpresserische „Sozialgespräche"

Wer öfter krank ist, wird verhört

Wer als Arbeiter oder Angestellter der Metallindustrie in Südwürttemberg/Hohenzollern eine angegriffene Gesundheit hat, muß damit rechnen, daß er von den Bossen wie ein Verbrecher zu einem Verhör vorgeladen wird.

Zweck dieses von den Kapitalisten „Sozialgespräch" genannten Verhörs: Den Betroffenen einzuschüchtern, zu erpressen bzw. Aussagen über seinen Gesundheitszustand aus ihm herauszuholen, die gegebenenfalls später vom Arbeitsgericht als Entlassungsgrund anerkannt werden.

Der Geschäftsführer des Metallunternehmerverbandes Südwürttemberg/Hohenzollern, ein Herr namens Jagenlauf, hat den diesem Verband angeschlossenen Kapitalisten bereits im Juni letzten Jahres ein entsprechendes Rundschreiben nebst beigefügtem Musterfragebogen zugeschickt.

Der Rundbrief feuert die Unternehmer an, alle „Mitarbeiter", bei denen mehr als 5 Prozent ihrer jährlichen Arbeitsleistung durch Krankheit ausgefallen sind, zu dem erwähnten Verhör vorzuladen. Denn diese „Mitarbeiter" — so der Rundbrief — „nützen die weitgehenden sozialrechtlichen Schutzbestimmungen aus."

Herr Jagenlauf will damit sagen, gesundheitlich angeknackste „Mitarbeiter" seien als arbeitsscheue Parasiten abzustempeln. Das ist sein Tip an seine Mitglieder in den Chefetagen.

Aber der Metallunternehmerverband beläßt es nicht bei solch guten Ratschlägen. Mit dem „Vorbereitungsbogen" gibt er den angeschlossenen Unternehmern zusätzlich ein Mittel zur psychologischen „Einstimmung" des „lieben Mitarbeiters" auf das „Sozialgespräch" in die Hand.

Dieser „Vorbereitungsbogen" enthält unter anderem auch Fragen, die der Betroffene beantworten soll. Fragen danach, welcher Art die Krankheiten sind, die zum Fehlen bei der Arbeit geführt haben. Eine Frage lautet: „Sind Sie der Meinung, daß Ihr derzeitiger Arbeitsplatz Ihrem Gesundheitszustand entsprich·?"

Diese Frage hat Jagenlauf nicht etwa eingebaut, weil er sich um Gesundheit und Wohlergehen des „lieben Mitarbeiters" sorgt, sondern um ihn im Zusammenhang mit den anderen Fragen zu Antworten zu provozieren, die der Unternehmer dann als Entlassungsgrund einsetzen kann. Nach den Gesetzen dieses „Sozialstaates" ist es einem Unternehmer nämlich nicht zuzumuten, jemanden zu beschäftigen, der gesundheitlich solche Schwierigkeiten hat, daß mit „erheblichen Fehlzeiten" bei ihm zu rechnen ist, die eine „Störung des Betriebsablaufs" mit sich bringen würden.

Das ist ein heimtückischer Versuch, den betroffenen Arbeiter oder Angestellten dazu zu bringen, dem Unternehmer selbst die juristische Handhabe für seine eigene Entlassung zu liefern. Daneben enthält der „Vorbereitungsbogen" aber auch handfeste Drohungen. Man soll dazu erpreßt werden, bei Krankheit darauf zu verzichten, zum Arzt zu gehen und sich behandeln zu lassen.

Es hat ja schon öfter Fälle gegeben, daß kranke Arbeiter bei der Arbeit zusammengebrochen sind. Aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, hatten sie nicht gewagt, sich krankschreiben zu lassen. Dieser Art von „Arbeitsmoral" möchte der südwürttembergische Metallunternehmerverband stärker zum Durchbruch verhelfen.

Da wird man in dem „Vorbereitungsbogen" drohend darauf hingewiesen, durch sein Fehlen würde man *„eine Menge Probleme, höhere Kosten und Lieferschwierigkeiten"* verursachen. Und, damit man auch auf jeden Fall kapiert: Dieses Verhalten *„gefährdet nicht nur Ihren, sondern aller bei uns Beschäftigten Arbeitsplatz"*. Und zum Schluß heißt es: *„Diese Ausfallzeiten durch Krankheiten haben im Jahre 197... in erschreckendem Maße zugenommen. Das ist auf die Dauer in dieser Form für unseren Betrieb nicht tragbar. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Denken Sie daran, was wir am Anfang dieses Briefes gesagt haben: ‚Es geht um die Sicherheit unserer Arbeitsplätze!'"*

Dieser Brief des südwürttembergischen Metallunternehmerverbandes ist ein Beispiel dafür, wie skrupellos die Kapitalisten die Arbeitslosigkeit ausnutzen, um die Ausbeutung in den Betrieben zu verschärfen.

Zuerst hat der Unternehmer die Gesundheit eines Arbeiters durch rücksichtslose Antreiberei bei schlechten Arbeitsbedingungen untergraben. Dann zwingt er ihn, sich weiterhin abzuschinden und für den Profit des Unternehmers seine Gesundheit noch vollends zu ruinieren. Oder er gibt ihm einfach einen Tritt. Auch an dieser Unmenschlichkeit zeigt sich, daß die Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus kämpfen muß. Die Interessen der Kapitalisten lassen sich mit den Interessen der Arbeiterklasse niemals vereinbaren.

§1 Herr, Frau, Frl. [redacted]
wird mit Wirkung vom [redacted]
bei der Firma Alfred Massa GmbH
Filiale [redacted] als Kassiererin oder (ähnl. Tätigkeit) — *hinzugefügt*
beschäftigt.

§2 Herr, Frau, Frl. [redacted] erhält ein monatliches Bruttoentgelt in Höhe von DM 1.323.—

§3 Es wird ein Probeverhältnis von 3 Monaten vereinbart. Während dieser Zeit kann das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen aufgelöst werden.

§4 Nach Ablauf dieser Probezeit läuft das Arbeitsverhältnis auf unbegrenzte Zeit und kann unter Einhaltung einer Frist von 1 Monat gekündigt werden.

— *nachträglich gestrichen*

§5 Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das Arbeitsgericht in Mainz zuständig, da der Hauptsitz der Firma in Alzey ist und die Filiale [redacted] eine unselbständige Filiale ist.

Dieser Aushilfsvertrag ist laut Manteltarifvertrag des Einzelhandels Limburg-Oberlahn täglich kündbar. Somit entfallen die § 3 und § 4. — *hinzugefügt*

Der von der Geschäftsleitung gefälschte Arbeitsvertrag

Arbeiterkorrespondenz

Die großen Herren werden immer unverschämter

Am 15. Februar fing ich als Kassiererin bei Massa an. Am gleichen Tag legte man mir einen Arbeitsvertrag vor, der folgendes beinhaltete:

Erstens: Beschäftigt werde ich als Kassiererin. Zweitens: Mein monatliches Bruttoeinkommen beträgt 1.323 Mark. Drittens: Die Probezeit beträgt drei Monate; in dieser Zeit besteht eine 14tägige Kündigungsfrist. Nach Beendigung der Probezeit besteht ein Arbeitsverhältnis auf unbegrenzte Zeit, wobei die Kündigungsfrist einen Monat beträgt.

Diesen Vertrag habe ich unterschrieben. Eine Kopie bekam ich nicht. Es hieß: „Sie bekommen den Vertrag so bald wie möglich zugeschickt."

So war es dann auch. Nach einer Woche erhielt ich per Einschreiben einen Brief. Ich war jedoch mehr als erstaunt darüber, als ich las, was dort drin stand. Die Firma Massa hatte die für mich wichtigen Punkte nachträglich gestrichen und den Vertrag zu ihren Gunsten verändert.

Es stand nun folgendes da: *„Beschäftigt als Kassiererin oder ähnliche Tätigkeit."* Der Punkt drei fiel weg. Stattdessen stand: *„Arbeitsaushilfsvertrag befristet bis 30. 4. 79 mit täglicher Kündigungsfrist."*

Gleich am nächsten Tag ging ich zu meinem Chef. Als ich ihn aufforderte, sich dazu zu äußern, tat er so, als wüßte er von nichts. Dann sagte er mir: „Das machen wir immer so."

Meine Wut war ganz schön groß. Aber ich wußte auch gleich, daß ich mit gerichtlichen Maßnahmen nichts anfangen konnte. Und das wußte mein Chef auch. Denn unter all dem stand ja mein Name. Ich konnte nichts beweisen.

Ich erzählte den Vorfall meinen Kollegen und Verwandten und sie alle teilten meine Empörung. Hier zeigt sich, wie die großen Herren immer unverschämter werden und die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt voll und ganz ausnutzen, um uns Werktätigen die Last der Krise aufzuhalsen.

Offener Brief



Protestaktion der Umschüler am Berufsförderungswerk „Graf Bismarck" in Gelsenkirchen

17 Kollegen eines 21 Teilnehmer umfassenden Umschulungskurses für Maschinenbau an der Hanseatischen Berufsbildungsstätte Bremen unterzeichneten den hier abgedruckten „Offenen Brief". Die Kollegen schickten den Brief an verschiedene Zeitungen, Rundfunkanstalten und Institutionen, darunter auch an den „Roten Morgen". Die Unterzeichner erheben mit dem Brief Protest gegen Schikanen und Mißstände, von denen sie betroffen sind, und sie fordern bestimmte Rechte, die man ihnen und den Umschülern anderer Kurse und Bildungsstätten bislang verweigert.

Umschüler: Schluß mit den Schikanen!

Wir, ein Umschulungskurs für Maschinenbau, befinden uns seit September '78 in der zweijährigen Umschulungsmaßnahme bei der HBS (Hanseatische Berufsbildungsstätte) Bremen. Gefördert wird der Lehrgang vom Arbeitsamt, getragen von Arbeiterkammer und Handwerkskammer.

Laut Bremer Nachrichten sollen sich im Lande Bremen von 1.000 Arbeitslosen nur 1% bereitfinden, an solchen oder ähnlichen Maßnahmen teilzunehmen.

Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob man dankbar dafür sein muß, daß eine solche Maßnahme angeboten wird? Einige machen diese Umschulung, weil sie vorher längere Zeit arbeitslos waren, einige, weil sie keine Arbeit in ihrem gelernten Beruf bekommen, andere, weil sie bisher noch keine qualifizierte Ausbildung hatten. Alle müssen für zwei Jahre eine mindestens 20%ige Lohneinbuße hinnehmen.

Nach unseren Erfahrungen wird man schon bei Beginn der Umschulung mit den Schikanen des Arbeitsamtes konfrontiert.

Wir haben mit Hilfe einer Untersuchung in unserem Umschulungskurs folgende Daten zu sozialen Verhältnissen erarbeitet:

— durchschnittlich 7 Wochen Wartezeit auf die erste Unterhaltszahlung nach Beginn der Maßnahme;
— durchschnittliches Einkommen der Teilnehmer: 1024 Mark netto;
— durchschnittliche Kosten für Miete, Nebenkosten, Auto, Essen und Schuldenabzahlung belaufen sich auf 83 Prozent des zu zahlenden Unterhaltsgeldes;
— durchschnittlich wurde die Zahlung 2,5 mal pro Teilnehmer innerhalb eines halben Jahres gestoppt (Gründe: Krankheit; ein je vierteljährlicher Fragebogen über Zuverdienst, der nicht innerhalb einer Woche zum Arbeitsamt zurückgesandt wurde);
— bei der Wiederbewilligung nach einer Zahlungsunterbrechung mußten wir durchschnittliche Wartezeiten von 5 Wochen in Kauf nehmen;
— Dynamisierung des Unterhaltsgeldes nach dem Rentenanpassungsgesetz; dadurch keine jährliche Erhöhung, keine Weihnachts- und Urlaubsgratifikation.

Folgen dieser Schikanen sind, daß einerseits durch die lange Wartezeit auf das Unterhaltsgeld fast jeder verschuldet ist und zur Überbrückung der finanziellen Misere auf das Sozialamt angewiesen war und auch jetzt noch ist. Viele schleppen sich trotz Krankheit zur Arbeit, damit die Zahlung nicht unterbrochen wird.

Zu der miserablen finanziellen Lage kommt die vollständig rechtlose Situation. Wir können laut Ausbildungsvertrag jederzeit aus „wichtigen Gründen" gekündigt werden, d. h. auch Auflösung des Kurses. Fehltage durch eine längere Krankheit ergeben für das Arbeitsamt einen Grund, einen Umschüler aus dem Kurs zu nehmen; und dieses mit dem Argument „keine Erfolgsaussichten"!

Ebenso haben wir keinerlei Möglichkeit, unsere Belange durch gewerkschaftliche Vertretungsorgane und Versammlungen wahrzunehmen.

Am 8.3.7 findet eine interne Konferenz mit Meistern, Betriebsleiter sowie Arbeitsamtvertreter und Lehrern statt. Lückenlos zusammengetragene Fehlzeiten und Schulnoten sollen den Anlaß dafür liefern, Umschüler ohne „Erfolgsaussichten" aus dem Kursus herauszunehmen, sie dann mit einer Lehrgangsteilnahmebescheinigung als billige Arbeitskraft in die Produktion zu stecken; in speziell dieser Situation fand sich einer unserer Kollegen wieder.

Wir werden es nicht zulassen, daß irgendein Kollege aufgrund der Fehlzeitenliste und Zensurendruck aus dem Kursus herausgenommen werden soll. Wir fordern ebenso, daß das Unterhaltsgeld im Krankheitsfall vom Arbeitsamt weitergezahlt wird.

Umschulungskurs der HBS Bremen.

Kurz berichtet

Stillegung trotz verheerender Auswirkungen

Schwandorf/Oberpfalz. Bis zum Herbst 1982 will die Bayernwerk AG ihren Braunkohlenabbau in Wackersdorf (Bayerische Braunkohlen-Industrie AG) stillegen. Die Stillegung der Grube soll stufenweise erfolgen. Bereits bis zum Ende dieses Jahres soll einer der drei großen Schaufelradbagger seine Arbeit einstellen. Damit wären die ersten Entlassungen fällig. Insgesamt verlieren durch die Stillegung der Grube 1.200 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz.

Für die Region Schwandorf bedeutet die Stillegung einen verheerenden Abbau von Arbeitsplätzen. Bereits jetzt liegt die amtliche Arbeitslosenquote in diesem „Problemgebiet" bei 14,6 Prozent!

Die Stillegung wird damit begründet, daß die Braunkohlenvorkommen in Wackersdorf erschöpft seien. Tatsache ist allerdings, daß in der Umgebung neue Kohlenvorkommen entdeckt worden sind. Die Kapitalisten der Bayernwerk AG stellen sich aber auf den Standpunkt, für einen „wirtschaftlich lohnenden Abbau" seien die Vorkommen zu klein.

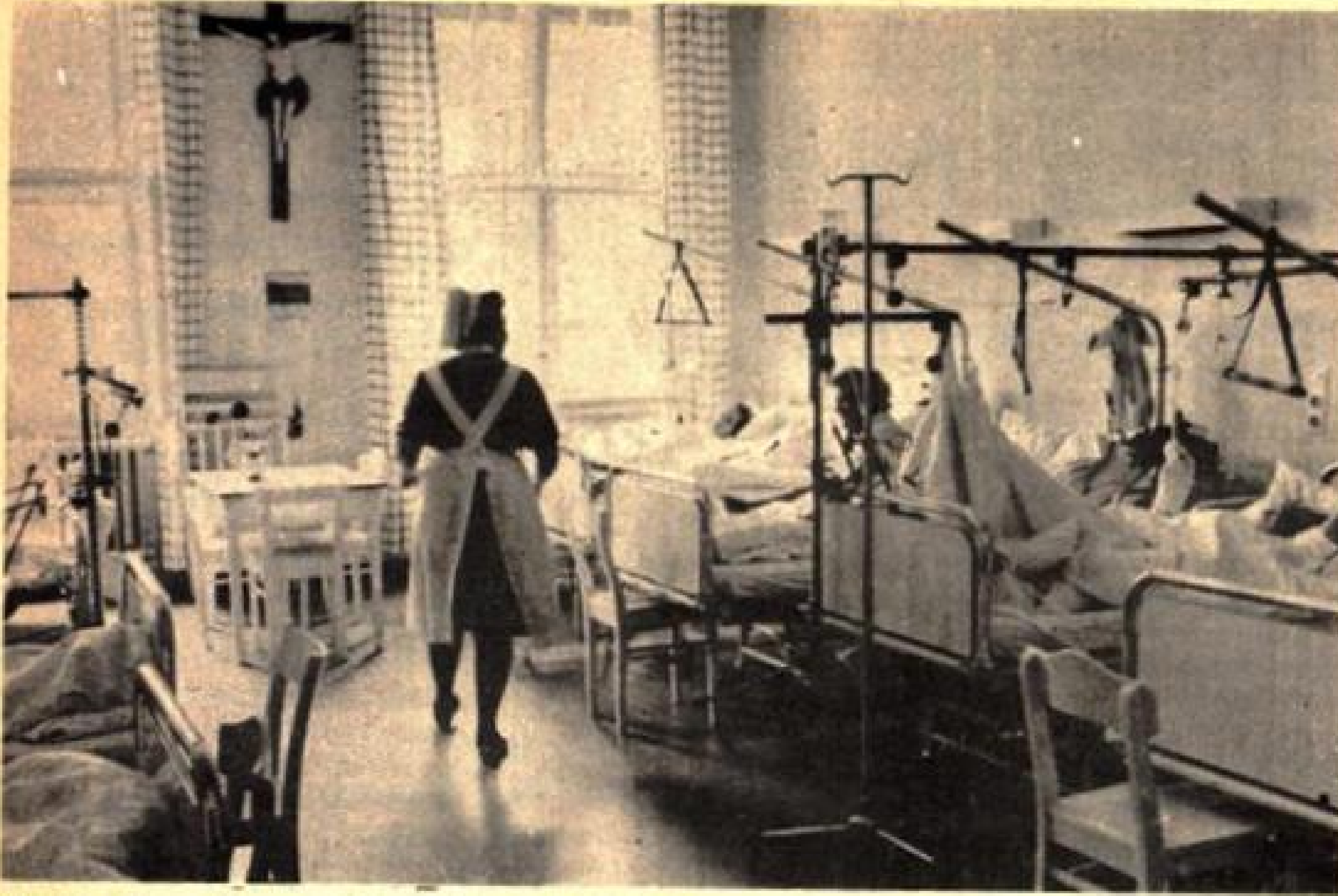
VW-Arbeiter fordern vollen Lohnausgleich für Schlechtwetter-Ausfallzeit

Emden. Auf einer kürzlich durchgeführten Belegschaftsversammlung bei den VW-Werken in Emden (Ostfriesland) forderten Dutzende von Diskussionsrednern vollen Lohnausgleich für die wegen der ungewöhnlichen Schneefälle ausgefallenen acht Schichten.

Die VW-Bosse hatten den Betrieb geschlossen und dies über den Rundfunk bekanntgeben lassen. Nun wollen sie der Belegschaft nur die Hälfte der ausgefallenen Zeit bezahlen. Zudem verlangen sie, daß die ausgefallene Zeit durch Sonderschichten wieder hereingeholt wird. Als Alternative boten sie an, daß der Tarifurlaub für die ausgefallenen Zeiten genommen wird. Die Kollegen aber sind nicht bereit, für die Ausfallzeit, an der sie keine Schuld haben, die Zeche zu bezahlen.

Erneuter Warnstreik bei der Lufthansa

Ein Teil des fliegenden Personals der Deutschen Lufthansa ist am Mittwoch vergangener Woche am Abend für ca. drei Stunden in den Streik getreten. Die Kollegen wehren sich gegen geplante Rationalisierungsmaßnahmen und die drohende Vernichtung von Arbeitsplätzen. Sie fordern entsprechende Absicherungen im Manteltarifvertrag. Nachdem ein Jahr lang ohne Ergebnis über einen neuen Manteltarifvertrag verhandelt worden war, wurde jetzt ein Schlichterspruch gefällt, der jedoch die Forderungen der Kollegen nicht berücksichtigt. Bereits Mitte Januar war es zu einem Warnstreik des fliegenden Personals der Lufthansa gekommen.



Westberliner Krankenhäuser

2.500 demonstrierten gegen Krankenhaus-Misere

(Korrespondenz). Schon lange hat es den Kollegen an den Krankenhäusern gestunken. Die Zeit war reif, sich offen zu wehren. Immer schlechtere Personalbesetzung; immer mehr Patienten, die in kürzerer Zeit durchgeschleust oder besser durchgejagt wurden durch Diagnose und Behandlung; Stationen mußten geschlossen werden aus Personalmangel; täglich sieht man, wie Patienten regelrecht zu Schaden kommen im Krankenhaus; ellenlange Wartelisten für Patienten, Überbetten. Und als Krönung will der Senat etwa noch 8.000 Betten in Westberlin bis 1990 schließen, „den Bettenberg abbauen".

Nahezu alles hatten die Kollegen schon versucht: Bürgerinitiativen gegründet, Unterschriften gesammelt, Briefe an die Politiker geschrieben und an die Parteien, Resolutionen auf Personalversammlungen verfaßt. Das Echo war gleich Null. An vielen Krankenhäusern gingen die Kollegen jetzt in die Offensive, die Zeit war reif.

Urban-Krankenhaus

Eine Resolution der Personalversammlung wurde als Flugblatt in den Stadtteilen verteilt und als Anzeige mit etwa 400 Unterschriften von Beschäftigten in die Presse gebracht. Es folgten Radiointerviews des Personalrates und die Bildung eines Arbeitskreises von Kollegen, die die Öffentlichkeitsarbeit trugen.

Krankenhaus Neukölln

Auch hier verteilten die Kollegen die Personalversammlungs-Resolution im Stadtteil. Der Personalrat gab eine Pressekonferenz, Radio- und Fernsehinterviews schilderten drastisch die Situation. Dadurch und durch die Arbeit einer Bürgerinitiative wurde erreicht, daß die drohende Schließung von etwa 370 Betten für 1983 erst einmal abgewendet wurde. Zusätzlich setzte die Personalversammlung eine Anzeige in die Presse, in der Krankenpflegepersonal für das Krankenhaus gesucht wurde, da am 1. Januar 59 Stellen unbesetzt gewesen sind.

Humboldt-Krankenhaus

Auch hier gab es Öffentlichkeitsarbeit der Kollegen und eine Presseanzeige gegen die miserable Situation.

Es folgten das Auguste-Viktoria-Krankenhaus, eine Presseanzeige von sechs Personalräten aus verschiedenen Krankenhäusern, die die Anzeige des Urban-Krankenhauses unterstützten, eine Anzeige von Beschäftigten der Kinderkliniken, die die Verantwortung für diese Art von Medizin ablehnt. Nachdem der Funke erst einmal gezündet hatte, gab es kein Halten.

Auf Initiative von Kollegen und Personalräten aus Neukölln und dem Urban-Krankenhaus bildete sich ein Koordinationstreffen, auf dem bald Kollegen aus nahezu allen Westberliner Krankenhäusern mitarbeiteten. Eine Veranstaltung wurde mit etwa 800 Kollegen durchgeführt und eine Demonstration vor den Berliner Wahlen beschlossen. Angesichts dieser Bewegung reagierten die offiziellen Stellen hysterisch und hilflos.

Die ÖTV, die bis dahin alle Aktivitäten der Gewerkschaftsbetriebsgruppen abgeblockt hatte, veröffentlichte plötzlich selbst große Anzeigen: Sie sei ja schon immer gegen alles gewesen. Ihr Versuch, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, scheiterte. Als die ÖTV-Führung die Durchführung einer Demonstration ablehnte, führten die Kollegen des Koordinationstreffens diese Demonstration selbst durch. Sie fand am 14. März statt. Etwa 2.500 Kollegen aus allen Krankenhäusern beteiligten sich, viele davon zum ersten Mal auf einer Demonstration.

Dem Senat fiel weiter nichts ein als die übliche Masche: alles wären Kommunisten, die würden auch noch wilde Streiks planen; besonders am Urban und im Neuköllner Krankenhaus sei diese Gefahr besonders groß. Schwierigkeiten in den Krankenhäusern gäbe es gar nicht, höchstens mal saisonalbedingt.

Die Krankenhausleitungen liefen Amok, besonders die Leitung in Neukölln. Nicht weniger als drei Verwaltungsgerichtsverfahren leitete sie gegen den Personalrat ein. Sie versuchte, Personalversammlungen zu verhindern, indem sie ihre Zustimmung verweigerte. Aber die Stimmung bei den Kollegen war so weit, daß das schon keinen mehr beeindruckte. Als die Krankenhausleitung dann noch auf einen Presseartikel der Springer-Presse, in dem reißerisch von sogenannten Todesbazillen berichtet wurde, so reagierte, daß sie Flugblätter an alle Patienten verteilte, in denen stand, daß die hygienischen Probleme nicht mit der schlechten Personalsituation zusammenhängen, sondern mit dem schlampigen hygienischen Verhalten des Personals — da lief das Faß über.

Die betrieblichen Personalversammlungen, die sofort vom Personalrat durchgeführt wurden, verurteilten die Krankenhausleitung und legten ihr nahe zurückzutreten. Dem Personalrat wurde das volle Vertrauen ausgesprochen. Als dann noch bekannt wurde, daß 59 Stellen unbesetzt waren, ergriffen die Kollegen die Initiative. Innerhalb von zwei Tagen wurden über 2.000 Mark gesammelt und eine Anzeige in die größte Sonntagszeitung der Stadt gesetzt, die die Sparpolitik der Krankenhausleitung verurteilte und um Bewerbungen bat. Und als Reaktion auf die Kommunistenhetze sagten viele Kollegen: „Wenn das, was wir tun, kommunistisch ist, dann sind wir wohl auch Kommunisten."

Immer mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß die Gesetze dieses Staates verantwortlich sind für die Situation in den Krankenhäusern. Krankenhäuser sollen wirtschaftlich arbeiten wie zum Beispiel Banken oder Gemüseläden. Die Personalversammlung im Neuköllner Krankenhaus sagt dazu: „Gesundheit und Krankheit lassen sich nicht mit Gewinn und Verlust aufrechnen. Körperliche und seelische Gesundheit sind für alle Menschen sehr wichtig. Hierbei dürfen wir uns nicht vom Ziel des Senates, die Kosten niedrig zu halten, leiten lassen, sondern wir müssen alles tun, was in unserer Kraft steht, um Gesundheit zu erhalten, Krankheit zu lindern und zu heilen. Geht diese Entwicklung der Sparpolitik weiter, so stehen Ärzte und Pflegepersonal eines Tages vor der konkreten Frage bei jedem einzelnen Patienten, ob es kostenwirtschaftlich vertretbar ist, ihn überhaupt noch zu behandeln."

Die immer untragbarer werdende Situation an den Westberliner Krankenhäusern, die hier beschriebenen Ereignisse der letzten Zeit — all das hat die Kollegen aufgerüttelt. So ist es sicher keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die große Demonstration und die anderen Aktionen erst der Beginn eines Kampfes waren, der in Zukunft noch mehr Kollegen einbeziehen wird.

Wohnungsgesellschaft abgeblitzt

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Amtsgericht Dortmund, am 15. 3. um 9 Uhr: Amtsrichter Schenkel verkündet das Urteil: „Die Klage der Dortmunder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (DoGeWo) gegen Herrn Walter Bitzer und seine Frau wird in allen Punkten abgewiesen."

Freude bei den anwesenden Mietern im Gerichtssaal, Freude auch bei den anderen Mietern des Wohngebiets „Alte Zeche Dorstfeld", die einen Tag später aus der örtlichen Presse davon erfahren: Der erste Versuch, ihren Mieterrat mundtot zu machen, ist gescheitert!

Wie war es dazu gekommen? Der Mieterrat „Alte Zeche Dorstfeld" war vor einem dreiviertel Jahr gegründet worden. Er versteht sich als Interessenvertretung der Mieter eines in wenigen Jahren aus dem Boden gestampften Neubaugebietes am Rande Dortmunds.

Sofort nach seiner Gründung hatte er begonnen, seine Finger auf wunde Punkte zu legen, die es in dem Wohngebiet zuhauf gab und gibt:

— Er organisierte eine Mietminderungskampagne wegen unerträglichem Baulärm.

— Er stellte Strafanzeige — im Auftrag von 50 Mietern — als sich herausstellte, daß im Zuge einer Treppenhausrenovierung verfaulte Farbe verwandt worden war, die Schwefelkohlenstoff-Gase absonderte, die zu Erbrechen, Krämpfen und Atemstörungen führte.

— Er veranlaßte Maßnahmen, als sich herausstellte, daß die Wohnungsgesellschaft die Einzugsermächtigung mißbrauchte usw.

Das mußte die DoGeWo — einer zu zwei Dritteln der Stadt gehörenden Gesellschaft — ein Dorn im Auge sein: eine Mietervertretung, die sich auf keine Mauscheleien hinter dem Rükken der Mieter einließ, sondern das anprangerte, was stank. Deswegen beauftragte die DoGeWo ihren Rechtsanwalt Möhlmeier (übrigens Vorsitzender des Dortmunder Hausbesitzer- und Grundeigentümer-Verbandes), den Vorsitzenden des Mieterrates aus seiner Wohnung hinauszuwerfen: Sein Verhalten stelle eine schuldhafte Zerstörung des Vertrauensverhältnisses dar, das zwischen Mieter und Vermieter gegeben sein müsse.

Die Klage wurde vom Mieterrat als — wie es in einem Flugblatt heißt — Einschüchterung der Mieterschaft insgesamt und als Versuch begriffen, einen Keil zwischen Mieter und Mieterrat zu treiben. Er organisierte mit großem Erfolg eine Unterschriftenkampagne und informierte breit die örtliche Presse. So wurde dieser ungeheuerliche Skandal bald breit bekannt. Von überallher bekam Walter Bitzer Beweise der Solidarität.

Diese Rückenstärkung und die verstärkten Aktivitäten, die unternommen wurden, um die Rechte der Mieter durchzusetzen — so zum Beispiel die Forderung nach gesicherten Fußgängerüberwegen über eine belebte Straße, die Forderung nach Gemeinschaftsräumen usw. — waren es, die entscheidend dazu beitrugen, daß der Angriff der Wohnungsgesellschaft auf die elementarsten Mieterrechte abgewiesen wurde.



Walter Bitzer und seine Frau

NATO-Stabsmanöver Wintex

„Alles hat tadellos funktioniert!"

Notstandsübung in einem Kaufhaus

Am Sonntag, den 11. März, probten 150 Bundeswehroffiziere, Verwaltungsbeamte, Kommunalpolitiker, Regierungsvertreter, Einzelhandelsverbandsfunktionäre und das Verkaufspersonal in einem Verdener Lebensmittelkaufhaus (Nähe Hannover) die Lebensmittelrationierung, die Ausgabe von Waren auf Lebensmittelkarten. Gesetzliche Grundlage sind die Notstandsgesetze, speziell das Ernährungssicherstellungsgesetz.

Darin heißt es: „*Das Ernährungssicherstellungsgesetz ermöglicht der Bundesregierung durch Rechtsverordnungen weitgehend, in die Land- und Forstwirtschaft einzugreifen, um die Versorgung mit ihren Gütern und Leistungen für Zwecke der Verteidigung sicherzustellen.*"

Dieses Gesetz ist eine Handhabe des Kabinetts bzw. des zuständigen Ministers ohne Zustimmung des Bundestages oder des Bundesrates

— landwirtschaftliche Betriebe stillzulegen, zu verlagern, umzustellen, zu eröffnen;

— Preise, Kostenansätze, Handelsspannen, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festzulegen;

— die Gewinnung, Herstellung, Ablieferung, Bearbeitung und Verarbeitung, die Verpakkung und Kennzeichnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Haltung von Tieren vorzuschreiben.

Dieses Gesetz steht in Nachfolge der Kriegswirtschaftsordnung des Hitler-Staates.

Die Initiative für das Notstandsmanöver in Verden ging vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium aus. Reichte es der Bourgeoisie bisher, die Notstandsgesetze für den Ernstfall griffbereit in der Schublade zu haben, so geht sie heute offensichtlich dazu über, ihre Anwendung für den „Tag X" zu erproben.

Zum ersten Mal sind in dieser Größenordnung zivile Einrichtungen in einem Kriegsmanöver vorgekommen.

Im Frühjahr 1966 äußerte sich der damalige Innenminister Lücke recht offenherzig über die Notstandsgesetze: „Solange die Sonne der Konjunktur scheint", bestehe keine Gefahr, aber wenn erst einmal „fünf, sechs Millionen Arbeitslose da sind", dann beginne der Notstand. „Für diesen Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten."

Heute geht der Staat zunehmend dazu über, sein „Rüstzeug" zu testen. Staatssekretär Pfingsten zeigte sich tief beeindruckt: „Alles hat tadellos funktioniert."

Jahrgang 1978 ROTER MORGEN

Soeben erschienen

ROTER MORGEN Jahrgang 1978

Der gebundene Jahrgang 1978 einschließlich Inhaltsverzeichnis 1. und 2. Halbjahr 1978 ist zum Preis von 35 Mark zu bestellen bei

Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Auslieferung erfolgt sofort. Ebenfalls noch vorrätig: Jahrgang 1967-1969, Jahrgang 1976 sowie Jahrgang 1977 (jeweils zum Preis von 30 Mark)

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Initiative fordert:
Keine Jugendpolizei in NRW!

Mit einer Presseerklärung informierte die „Initiative — Keine Jugendpolizei in NRW" über ihre Gründung und rief zu konkreten Kampfmaßnahmen gegen die Jugendpolizei auf. In der Presseerklärung heißt es:

„1. Durch den Runderlaß des Innenministers Hirsch/NRW vom 3. 2. 78 werden alle Kreispolizeibehörden usw. angewiesen:

...die Erscheinungsformen der Jugendkriminalität zu beobachten und Erkenntnisse auszuwerten (2.1.);

...möglichst umfassende Unterlagen über die Orte anzulegen, an denen Kindern und Jugendlichen besondere Gefahren drohen und die daher überwacht werden müssen (2.3.);

Vorgänge, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, (...) sind vornehmlich von hierfür ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten (Jugendsachbearbeitern) zu bearbeiten (3)

und eine Zentrale Jugendschutzkartei beim LKA einzurichten (6. + 6.1.).

Konkretisiert wird dieser Erlaß durch den gemeinsamen Runderlaß des Innenministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Justizministers und des Kultusministers von NRW vom 16. 8. 78."

Weiter heißt es:

„Gegen diese Erlasse und die daraus resultierenden Verfügungen der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren gibt es in NRW ähnlich wie in vielen anderen Bundesländern breiten Widerstand. (...)

Entsprechende Beschlüsse wurden dann auch von einigen Jugendwohlfahrtsausschüssen (Duisburg, Oberhausen) gefaßt, was für die dort tätigen Sozialarbeiter den Vorteil hat, daß sie nicht so schnell zur Informationsweitergabe an die Polizei und zur direkten Zusammenarbeit gezwungen werden können. (...)

Gleichzeitig aber wird die Polizei bei der Einrichtung von Jugendsachbearbeitern und der allgemeinen, von den Erlassen vorgeschriebenen Ausrichtung der Polizei auf eine verstärkte Beobachtung und Kontrolle der Jugend, davon nicht betroffen.

2. Aus diesem Grunde trafen sich am vergangenen Samstag (10. März) in Duisburg Vertreter aus 11 Städten NRWs (Sozialarbeiter, Jugendverbandsfunktionäre, Gewerkschaftler, Jugendliche usw.), um ihre Erfahrung mit der Polizei, insbesondere im Jugendbereich, und der Einführung der Jugendpolizei auszutauschen. Dieses umfangreiche Dokumentationsmaterial erscheint demnächst als Broschüre der INITIATIVE KEINE JUGENDPOLIZEI IN NRW.

In Referaten und Diskussionen wurde festgestellt, daß die Einführung der Jugendpolizei hauptsächlich eine weitere Kriminalisierung, Kontrolle und Bespitzelung der Jugend bedeutet.

Es wurde bei dieser Tagung einhellig beschlossen, an möglichst vielen Orten Kollegen, Jugendliche, Jugendorganisationen, Jugendgewerkschaftsgruppen usw. zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Einführung der Jugendpolizei zusammenzuschließen. Außerdem wurde ein Koordinierungsausschuß für NRW bestimmt, der u. a. landesweite Aktivitäten organisieren soll.

Ziel aller Ortsinitiativen und des landesweiten Zusammenschlusses ist die Durchsetzung folgender Forderungen:
- Rücknahme des Runderlasses des Innenministers v. 3. 2. 78,
- Rücknahme des Runderlasses des Innenministers, des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Justizministers und des Kultusministers,
- Rücknahme aller entsprechenden Verfügungen der Polizeipräsidenten u. ä. m.,
- keine neuen Konzepte zur Einführung der Jugendpolizei.

3. Die INITIATIVE KEINE JUGENDPOLIZEI IN NRW ruft hiermit alle Jugendlichen, Jugendverbände und Jugendorganisationen, Träger und Mitarbeiter der Jugendarbeit und Gewerkschaften auf:
- sich für die Durchsetzung der 4 Forderungen öffentlich auszusprechen und konkrete Maßnahmen, Aktionen usw. dazu durchzuführen;
- öffentlich Polizeipräsidenten usw. direkt aufzufordern, die jeweiligen Verfügungen offenzulegen;
- Kontakt mit der INITIATIVE KEINE JUGENDPOLIZEI IN NRW aufzunehmen und mit ihr zusammenzuarbeiten, ihr Informationsmaterial (Zeitungsartikel, Erlasse, Termine von Veranstaltungen, Aktionen usw. zuzusenden.

Gleichzeitig wird jeder, der den landesweiten Zusammenschluß in irgendeiner Form unterstützt, zukünftig über alle Aktivitäten in NRW und anderen Bundesländern unterrichtet.

Die INITIATIVE KEINE JUGENDPOLIZEI IN NRW ist überparteilich, in ihr kann jeder mitarbeiten, der aktiv die 4 Forderungen unterstützt.

Duisburg, 14. März 1979"

Kontaktadresse: Initiative Keine Jugendpolizei in NRW, Alleestr. 4½, 41 Duisburg 11, Tel. 0203/550623.

Staatsanwalt will fortschrittlichen Verteidiger hinter Gitter bringen

Am 20. 3. 1979 um 9 Uhr findet vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Dortmund die Berufungsverhandlung gegen den Dortmunder Rechtsanwalt Gerd Flint statt. Am 13. 12. 1978 stand Rechtsanwalt Flint das erste Mal vor Gericht. Der Vorwurf: uneidliche Falschaussage. § 153 der Strafprozeßordnung belegt dieses Delikt mit mindestens drei Monaten Gefängnis, Höchststrafe fünf Jahre.

In erster Instanz wurde Flint freigesprochen. Zur Vorgeschichte: Im Rahmen einer Gerichtsverhandlung im November 1976, bei der Rechtsanwalt Flint eine abwesende Angeklagte vertrat, fühlte sich Staatsanwalt Höhn von einem Angeklagten durch Worte und Gebärden bedroht, was er prompt zum Anlaß nahm, ein Verfahren wegen Bedrohung etc. anzustrengen.

Obwohl Rechtsanwalt Flint die Vorgänge selber nicht mitbekommen hatte, wurde er als Zeuge geladen. Nachdem er in seiner Funktion als Zeuge ausgesagt hatte, er könne über die Vorgänge keine näheren Aussagen machen, kommt er selber wegen uneidlicher Falschaussage vor Gericht, wird allerdings freigesprochen.

Eine Presseerklärung, die anläßlich der Berufungsverhandlung herausgegeben wurde, schließt mit den Worten: Es sieht so aus, *„als ob die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, nicht nur über das Wahrnehmungsvermögen von Rechtsanwalt Flint befinden zu lassen, sondern daß darüber hinaus eine Hör- und Wahrnehmungspflicht für Rechtsanwälte statuiert werden soll"*.

Hintergrund der ganzen Angelegenheit ist, daß Rechtsanwalt Flint des öfteren in Prozessen als Verteidiger aufgetreten ist, in denen es um die Todesursache des Genossen Günter Routhier ging, der 1974 nach einem brutalen Polizeieinsatz an einer Gehirnblutung starb.

Der Berufungsprozeß am 20. 3. ist ein weiteres Manöver, unbestechliche, fortschrittliche Anwälte, die nicht der Staatsräson, sondern der Wahrheit verpflichtet sind, zu kriminalisieren.

Freispruch für Gerd Flint!

(Anfragen und weitere Informationen: Rechtsanwälte Ahues & Flint, Viktoriastr. 32, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/527031)

Kein Anlaß zur Sorge?

Neonazistische Zwischenfälle häufen sich

Berlin, Nacht vom 11. auf den 12. März: Ein englischer Historiker, der sich bereits längere Zeit in Berlin aufhält, um an einer Dokumentation über den antifaschistischen Widerstand zu arbeiten, wird auf offener Straße von Angehörigen der „Wiking-Jugend" krankenhausreif geschlagen. Verantwortliche Politiker betonen, es bestehe kein Anlaß zur Sorge.

Die Dortmunder Staatsanwaltschaft stellte kürzlich fest, der **SS-Tarnorganisation HIAG** kann nicht nachgewiesen werden, daß sie eine Nachfolgeorganisation der kriminellen Vereinigung SS ist. In Frankfurt werden neonazistische Schmierereien systematisch verharmlost. Dr. Mann, Schulleiter der Ziehen-Schule: Die „winzigen Kritzeleien" seien „wohl kaum" Ausdruck von nationalsozialistischem Gedankengut.

Waffen aus dem zweiten Weltkrieg hat die Polizei bei einem 42 Jahre alten Bauingenieur in Düsseldorf sichergestellt: 32 Maschinenpistolen, acht Schnellfeuergewehre, 14 Pistolen, drei Revolver, 150 Patronenmagazine und 10.000 Schuß Munition.

Neonazis aus dem norddeutschen Raum planen **Fememorde.** Vor 14 Tagen wurden in Hamburg und Schleswig-Holstein sechs Mitglieder der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) und der NSDAP/AO (Aufbauorganisation) verhaftet. Laut Staatsanwaltschaft sind sie dringend verdächtigt, zwei Fememorde geplant zu haben. Außerdem wird ihnen die Bildung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Fememorde, offener Straßenterror, geheime Waffenarsenale, Nazi-Schmierereien an Mauern und Häuserwänden, genauso hat es in den zwanziger Jahren angefangen. Damals wie heute fanden die nazistischen Umtriebe unter den Augen der Behörden statt.

Bekanntlich wurde die NPD vor kurzem von einem Oberverwaltungsgericht von dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit reingewaschen.

Einen Unterschied zu damals gibt es. Zwischen den zwanziger Jahren und heute liegt die faschistische Terrorherrschaft. Heute kann sich kein Richter oder Politiker mehr herausreden, er wüßte nicht, wohin das führen kann.

Wehret den Anfängen! Verhindert ein neues '33! Denn: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!" (B. Brecht)

Teure Verwechslung

Einer Redakteurin der Frauenzeitschrift „Courage" unterlief im letzten Jahr ein folgenschweres Versehen.

Auf einen an eine Untersuchungsgefangene gerichteten Brief klebte sie statt einer Briefmarke eine Marke der „Roten Hilfe".

Normalerweise ist die Konsequenz einer solchen Verwechslung nach Auskunft der Post, daß der Empfänger die entsprechenden Nachgebühren zahlen muß, denn es kommt nicht selten vor, daß Briefe von zerstreuten Mitbürgern mit Rabattmarken oder anderen briefmarkenähnlichen Sachen frankiert werden.

Zwischen einer Rabattmarke und einer „Rote-Hilfe-Marke" gibt es allerdings einen gewaltigen Unterschied. Zweitere wird nämlich dem „Linksextremismus" zugerechnet. Für die Redakteurin bedeutete das: Hausdurchsuchung, ein über einjähriges Verfahren, 100 Mark Geldstrafe wegen Betrugs. Die Post legt Wert auf die Feststellung, daß sie keinen Strafantrag gestellt hat.

Technische Fachhochschule Westberlin
Teilerfolg der Studenten vor Gericht

Es ging um die Beteiligung an einem Streik an der Technischen Fachhochschule in Westberlin. Von den vier angeklagten Studenten wurde einer freigesprochen, gegen einen anderen wurde das Verfahren eingestellt.

Die beiden anderen Studenten wurden zu je 600 Mark Geldstrafe verurteilt; ihnen wurde vorgeworfen, während des Streiks einen Prorektor tätlich angegriffen zu haben, einen Faschisten als Spitzel bezeichnet zu haben. Verschiedene andere „Verbrechen" wie Aufruf zur Streikpostenkettenbildung etc. konnten nicht nachgewiesen werden.

Der viertägige Prozeß brachte ans Tageslicht, daß der Faschist, der laut Gericht kein Spitzel sein sollte, etwa zehn Studenten beim Bafög-Amt denunziert hat.

Die Rote Garde führt den Teilerfolg u. a. darauf zurück, daß der Gerichtssaal trotz Semesterferien fast immer voll war.

Früh übt sich, was ein Spitzel werden will

Ortsvorsitzender der Jungen Union betreibt Gesinnungsschnüffelei



Es ist kaum zu glauben, da braucht bloß einer zum 17jährigen Urban Hessler, Vorsitzender der Bottroper CDU-Schülerunion, zu kommen, sich als Verfassungsschutzagent auszugeben, und schon ist Urban bereit, schändliche Denunziantendienste zu leisten, Berichte über Lehrer und Mitschüler zu schreiben, die ihm als links erscheinen.

Feuer und Flamme ist er gewesen, der kleine James Bond, als man ihm Vordrucke aushändigte mit Bundesadler und der Aufschrift „Bundesamt für Verfassungsschutz". Und da es in richtigen Agentenkreisen nichts umsonst gibt, waren ihm 300 Mark sicher — für die Kasse der Schülerunion.

Der Verfassungsschutz dementierte jetzt. Einige seiner Agenten sei nicht an Hessler herangetreten. Aber wie dem auch sei. Die Spitzelberichte, die dieses CDU-Früchtchen geliefert hat, sie sind eine Tatsache.

Es ist erschreckend, was da unter der Obhut der CDU in unserer Jugend großgezogen wird. Brechen denn schon wieder die Zeiten an, wo Lehrer und Mitschüler nicht mehr offen reden können?

Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher (AjLE)
Erfolgreiche Veranstaltung gegen Berufsverbote

Am 27. 2. 79 führte die AjLE-Flensburg eine Film- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Berufsverbote" durch.

Nachdem Sprecher von SPD und FDP (die CDU war erst gar nicht gekommen) vergeblich versuchten, den 80 Teilnehmern die Klose- und Koschnick-Vorschläge schmackhaft zu machen, zeigten Vertreter des Flensburger Antifa-Komitees auf, daß die Berufsverbote ein Mittel seien, die Bevölkerung in unserem Lande einzuschüchtern und zu unterdrücken. Dasselbe Ziel verfolgten zahlreiche andere staatliche Maßnahmen wie Todesschutzgesetz, Kontaktsperre, Aussperrungsterror etc.

Bei zwei Enthaltungen wurde ein Antrag an den GEW-Kreisvorstand verabschiedet, in angemessener Frist eine Großveranstaltung gegen die Berufsverbote durchzuführen. Dieser Antrag war die Antwort auf die Drohung der GEW-Führung, sie würde die Teilnahme an der Filmveranstaltung als gewerkschaftsschädigend einschätzen und entsprechend verfahren.

Mit ebenfalls zwei Enthaltungen wurde die folgende Resolution verabschiedet:

Die Teilnehmer der Film- und Diskussionsveranstaltung in Flensburg am 27. 2. 1979 fordern die vollständige Streichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972, die Vernichtung aller Verfassungsschutzunterlagen, und sie fordern die Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen. Außerdem verurteilt die Versammlung auf das schärfste das Verbot, die Veranstaltung am ursprünglich geplanten Ort im Seminar durchführen zu lassen.

Provokateure des Verfassungsschutzes im Untergrund

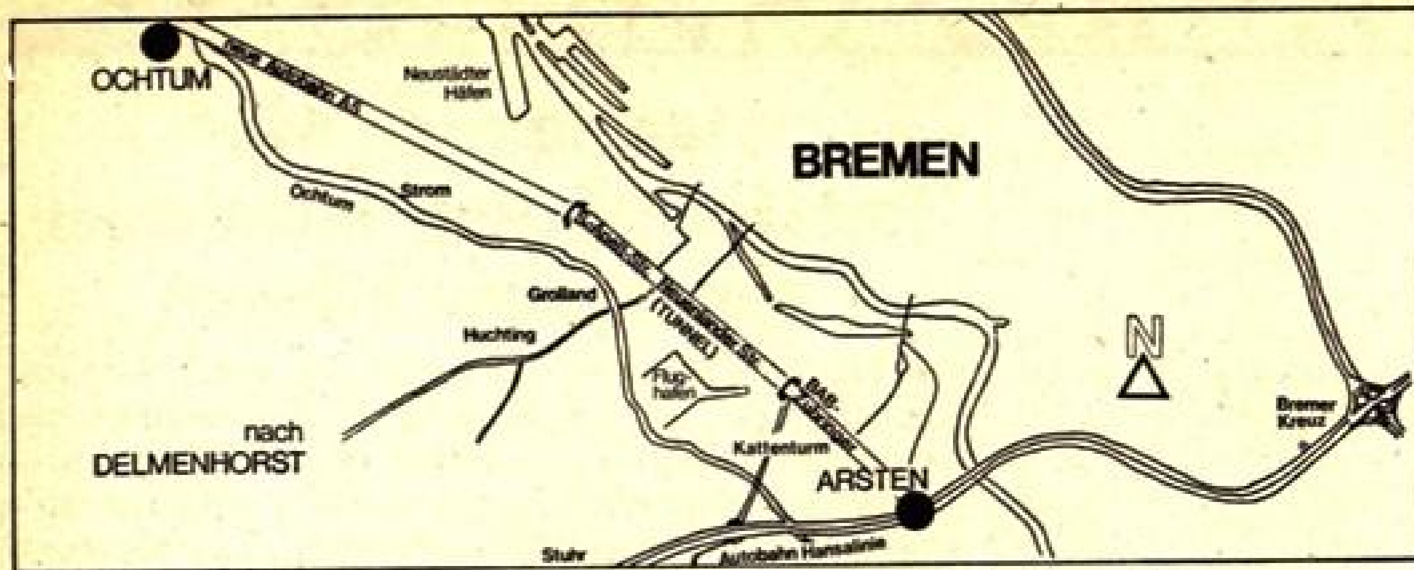
Unter der Überschrift „Die ‚Meistersinger von Stammheim'" schrieben wir in unserer Ausgabe vom 8. Dezember 1978 über den Kronzeugen Jürgen Bodeux, der aller Wahrscheinlichkeit nach vom Verfassungsschutz in die „Terrorszene" eingeschleust wurde, dort Straftaten anzettelte, die er dann an die staatlichen Behörden verriet. Natürlich ist ein solcher Verdacht von amtlicher Seite stets mit Vehemenz bestritten worden. Bodeux war im Mordfall Schmücker zu fünf Jahren Jugendstrafe verurteilt worden.

Die Illustrierte „Stern" berichtete in ihrer Ausgabe vom 15. März von Akten, die Jürgen Bodeux als Mann des Verfassungsschutzes entlarvt und ihn als Kronzeugen unbrauchbar macht.

Bereits 1973 wurde Bodeux vom Verfassungsschutz als „Porzer Kontaktmann" geführt. Das wurde dank Kriminalkommissar Eckhard Kondziela bekannt, der bei einer Ermittlungssache die Akte Bodeux vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt bekam. Der korrekte Beamte hatte darüber eine Aktennotiz angefertigt. Inzwischen ist der arme Mann versetzt worden.

Dem Spitzel Bodeux droht jetzt eine Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis wegen Falschaussage vor Gericht. Es ist allerdings mehr als zweifelhaft, ob die Justiz hart durchgreifen wird.

Erwiesen ist auf jeden Fall, daß der Verfassungsschutz bei seinen dunklen Machenschaften vor keinem Verbrechen, auch nicht vor Mord, zurückschreckt.



Vom Autobahnzubringer Arsten und von Ochtum soll die A 5 durch Bremen führen.

Widerstand gegen Wesermarsch-Autobahn (A 5)

Landschaftszerstörung im Dienste der Konzerne und des Militärs. Bauern sehen ihre Existenz bedroht.

Volkskorrespondenz aus Bremen

Seit einiger Zeit verstärken die niedersächsische Landesregierung, der Bremer Senat, die Oldenburger Bezirksregierung und die Industrie- und Handelskammern ihre Bemühungen, den Plan einer Autobahntrasse (A 5) als Abzweig von der Hansalinie südlich von Bremen parallel zum linken Weserufer bis nach Nordenham in die Tat umzusetzen. Große Unterstützung finden sie dabei vom Bundesverkehrsministerium, das diesen Plan auf die höchste Dringlichkeitsstufe gesetzt hat.

Der geplante Bau der A 5 ist Teil eines größeren Autobahnprojekts, das seit Jahren von den staatlichen Behörden verschiedener Landesregierungen mit Nachdruck betrieben wird: Es soll eine schnellere Verbindung zwischen dem Frankfurter Raum über Gießen zur Nordseeküste geschaffen werden. Wird diese Autobahn gebaut, so bedeutet das für viele Bauern Verlust ihrer Existenz, eventuelle Enteignung ihrer Ländereien; Zerstörung vieler Erholungsgebiete und für die Stadtbevölkerung, soweit die Trasse wie zum Beispiel in Bremen direkt durch Wohngebiet führen soll, Lärm, Umweltschmutz und Zerstörung der Wohngebiete.

Unter dem Stichwort „Strukturpolitik" und „Verbesserung der Lebensqualität" wurde Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre, von der niedersächsischen und bremischen Landesregierung ein Programm zur Industrieansiedlung im Weser-Jade-Raum entwikkelt, das jetzt gegen alle Widerstände durchgezogen werden soll. Eigens zu diesem Zweck wurde das Kernkraftwerk Esenshamm gebaut, das seit einiger Zeit in Betrieb ist und den neuen Industrieunternehmen billigen Strom liefern soll.

Unter dem Motto „Der Küstenraum Weser Jade — freies Land und gesundes Klima für Unternehmen, die zu neuen Ufern wollen", wirbt die Weser-Jade-Gesellschaft in großen Zeitungen für Industrieansiedlungen. Die Weser-Jade GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen. Sie wird finanziert von den Ländern Bremen und Niedersachsen, der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen und den Kreis- und Stadtsparkassen aus diesem Raum.

Vor kurzem hat diese Gesellschaft einen 300 Seiten umfassenden Standortkatalog herausgebracht, der den Kapitalisten alle notwendigen Informationen frei Haus liefert: Bevölkerungsstruktur; Lage, Größe und Richtpreise der Flächen, Eigentumsverhältnisse; Hinweise auf Steuerhebesätze und öffentliche Finanzierungshilfen bei der Gewerbeansiedlung usw. usf. Demnächst soll dieser Katalog auch in englischer Sprache erscheinen. Für die Zukunft bedeutet das: Ein schöner Landstrich wird den großen Konzernen mit staatlicher Unterstützung unter dem Vorwand der Arbeitsplatzerhaltung zur Ausplünderung freigegeben.

Landwirte in der Wesermarsch sehen durch A 5 ihre Existenz bedroht

Eine Initiativgruppe des Ortslandvolkverbandes Hekeln-Harmenhausen hatte zu einer Protestversammlung gegen den Bau der A 5 (Wesermarsch-Autobahn) aufgerufen, zu der etwa 80 Landwirte aus dem Stedinger Raum gekommen waren. In einem Schreiben an den niedersächsischen Landwirtschaftsminister und an Verkehrsminister Gscheidle hatte die Initiativgruppe gefordert, die Planungen zur A 5 einzustellen, da diese Autobahn nach dem Bau der Bremerhavener bzw. der Oldenburger Autobahnverbindungen nicht mehr notwendig sei. Stattdessen schlugen sie vor, den Ausbau der jetzt bestehenden Straßen, die Elektrifizierung der Bundesbahn Hude-Nordenham zu beschleunigen und für die Unterweserfähren den Nulltarif einzuführen.

Die Hauptbefürworter der A 5, Landrat und Bürgermeister Groeneveld (SPD) und der Bundestagsabgeordnete Lagershausen (CDU), waren mit ihren Argumenten allein auf weiter Flur: Industrie- und Hafenbetriebe müßten an das bundesdeutsche Fernstraßennetz angebunden werden, damit die Arbeitsplätze in der Wesermarsch erhalten bleiben können. Die Herren wiesen darauf hin, daß „der Zug für einen Protest schon lange abgefahren ist", weil der Raum der A 5 in Berne und Umgebung in der Planung fertig und fest beschlossen sei. Stattdessen sollten sich die Landwirte mit den Behörden arrangieren und aus dem abzuschreibenden Grund und Boden noch herausholen, was herauszuholen ist: Geld, Geld und nochmals Geld. Die entsprechenden Millionen als „Entschädigung" liegen in Bonn abrufbereit.

Die Landwirte ließen sich von diesen Argumenten nicht beeindrucken. Sie befürchten nämlich, daß ca. 700 bis 800 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche allein in der Stedinger Feldmark dem Autobahnbau zum Opfer fallen. Das bedeutet die Existenzvernichtung für 30 Landwirte und ihre Familien. Diese Betriebe würden so viel Nutzfläche verlieren, daß sie in Zukunft nicht mehr lebensfähig seien. Dieser Preis sei zu hoch. Die Gefährdung der Arbeitsplätze gerade im Raum Nordenham hänge nicht von der A 5 ab. Dies könne auch durch alternative Pläne geändert werden.

Die Landwirte wiesen noch auf ein anderes Problem hin, das zwangsläufig bei der Trassierung der Autobahn entsteht. Die Spülfelder, die beim Bau der Straße entstehen, sind später landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar. Zehn Jahre Versuche der Rekultivierung hätten das deutlich gezeigt.

Am Schluß der Versammlung unterschrieben über 50 Landwirte eine Resolution gegen den Bau der A 5.

Inzwischen erhielt die Initiativgruppe des Landvolkvereins eine Antwort aus Hannover. In einem Schreiben des niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr heißt es:

„Um die Unterweserregion wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten und sie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ist eine leistungsfähige Straße längs dem linken Weserufer unerläßlich. Unbestreitbar und mit aktuellen Daten belegbar ist die Notwendigkeit, diese linksseitige Unterweserstraße/A 5 . . . als vierspurige Straße zu bauen.

Die von Ihnen unterstellte Inanspruchnahme von 700 Hektar ist zweifellos unzutreffend, ich halte es für unseriös und wenig verantwortungsvoll, mit unwahren Zahlen zu argumentieren. Sie wissen, wie sorgfältig sich vor Ort politische Verantwortliche, die Fachleute und die Betroffenen darum bemüht haben, eine Linie zu finden, welche die Eingriffe und Nachteile auf das unbedingt Notwendige beschränkt.

Haben Sie nun bitte auch als Wortführer einer sehr kleinen Minderheit Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Sache und Ihren Mitbürgern."

Das waren die Worte des Herrn Regierungsdirektor Bertelmann aus dem Ministerium der Frau Birgit Breuel, die zusammen mit Herrn Dieter Tiedemann, Senator für Wirtschaft und Außenhandel in Bremen, im Nachrichtenmagazin „Spiegel" ganzseitig für die Weser-Jade GmbH geworben hatte. Herr Bertelmann hatte zu der oben erwähnten Versammlung zunächst seine Teilnahme zugesagt, dann aber schnell aus Terminschwierigkeiten abgesagt.

„Stedinger bieten Bonn die Stirn", hieß es ganz richtig in einem Kommentar der Wesermarsch-Zeitung zu der Versammlung. Erinnern wir uns: Um 1200 herum lieferten die Bauern der Wesermarsch ein großes Beispiel des antifeudalen Freiheitskampfes, als die Feudalherren sie zu Knechten und Leibeigenen machen wollten. Erst nach langen Jahren des Widerstandes wurden sie unterjocht. Auch an diesem Abend spürte man etwas vom Kampfgeist der Stedinger und ihrer Bereitschaft, sich gegen staatliche Bevormundung und Existenzvernichtung zur Wehr zu setzen.

Eine zweite Versammlung. . .

. . . zur Organisierung des Widerstands der Bauern gegen die Autobahnpläne führte die Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB) kürzlich durch. An die 60 Bauern kamen zusammen, einig darin, daß die Pläne durchkreuzt werden müssen. Als konkrete Maßnahmen beschlossen sie, ihre Initiative auf den ganzen Landkreis auszudehnen. Auch wenn sie es vorerst mit „friedlichen" Mitteln versuchen wollen, schließen sie nicht aus, daß andere Geschütze aufgefahren werden, wie Demonstrationen und Treckerblockaden, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Große Empörung lösten auch auf dieser Versammlung die Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Lagershausen aus, die dieser bereits auf der Versammlung der Initiativgruppe gemacht hatte. Während er mit den Worten „Geld spielt keine Rolle" deutlich ausdrückte, daß der Staat für Autobahnpläne der Konzerne beliebige Steuergelder verschleudern will, drohte er auf der anderen Seite damit, daß in Nordenham Arbeitsplätze gefährdet würden, wenn die Pläne nicht verwirklicht würden. Außer dieser offenen Lüge drohte er den Bauern, die ihr Land nicht freiwillig verkaufen würden, mit zwangsweiser Enteignung. Bezeichnend ist auch, daß dieser saubere Herr in dem Kreisgebiet, das er von seiner Partei aus betreut, und in dem **noch nicht** für die Autobahn gebaut wird, verbreitet, es würde dort überhaupt nicht gebaut werden!

Die beiden Versammlungen der Bauern haben auf jeden Fall ihre Wirkung gehabt. Der Kreislandvolkverband jedenfalls kam nicht umhin, einen „Lernprozeß" durchzumachen. Vor der ersten Versammlung gab er eine Stellungnahme ab, daß sich hier nur eine „lautstarke Minderheit" versammeln würde und daß die Mehrheit der Bauern den Autobahnbau wünsche. Nach der ersten Veranstaltung ließ er vernehmen, man müsse das Für und Wider genau abwägen. Und nach der Versammlung der Revolutionären Landvolkbewegung hieß es: „Der Kreislandvolkverband lehnt den Autobahnbau ab!"

Neustädter gründen Initiative gegen den Bau der A 5

Im September des vergangenen Jahres brachte der Weser-Kurier einen groß aufgemachten Artikel mit der Überschrift: „Kühner Plan: Autobahn unter Neuenlander Straße". (Anmerkung: Die neuenlander Straße ist die südwestliche Begrenzung der Bremer Neustadt). Aus der zuständigen Behörde, dem Bauamt, war durchgesickert, daß die Bremer Senatsspitze die Trassenführung der A 5 (Verbindung Hansalinie-Nordenham) durch die Neustadt (mit 57.000 Einwohnern der größte Bremer Stadtteil) legen lassen will. Betroffen von dem ganzen Objekt wären die Stadtteile Kattenturm, Huckelriede, Gartenstadt Süd, Südervorstadt, Neustadt, Hohentor und Woltmershausen.

Kurz die wichtigsten Fakten:

- 15 Kilometer soll die Autobahn durch das Stadtgebiet geführt werden; davon 5 Kilometer als Autobahntunnel unterhalb der Neuenlanderstraße;
- Bauzeit ca. 5-6 Jahre;
- Kosten: ca. 1 Milliarde Mark, die zum Teil schon abrufbereit in Bonn liegen sollen.

Mit der Begründung, die Bremer Häfen könnten schon bald nicht mehr mit Rotterdam konkurrieren, und in der Wesermarsch müßte Industrie zur Sicherung der Arbeitsplätze angesiedelt werden, will der Bremer Senat im Einverständnis mit der niedersächsischen Landesregierung, den A-5-Bau durch die Neustadt erzwingen.

Die Folgen für die Bewohner wären katastrophal:

- Abriß anliegender Wohngebiete für den Bau großer Zubringerkreuzungen;
- fünf Jahre Baulärm, Staub und Dreck;
- Erhöhung des Verkehrsaufkommens und damit Verlust des Wohncharakters eines ganzen Stadtteils;
- gesundheitliche Schäden durch das Ansteigen giftiger Auspuffgase.

Über 300 Bürger waren zu einer öffentlichen Stadtteilbeiratssitzung gekommen, auf der ihnen die Senatsvertreter die Tunnellösung als die umweltfreundlichste verkaufen wollten. Doch die Neustädter ließen sich nicht mit fadenscheinigen Argumenten wie „großem Verkehrsaufkommen" in den 80er Jahren abspeisen. Etliche von ihnen berichteten von den Belästigungen durch Baulärm als der Kanalsammler unter der Neuenlander Straße gebaut wurde. Nächtelang konnten die Anwohner nicht schlafen. Risse hatten sich in Decken und Wänden der Häuser gebildet.

Auf der Versammlung wurde auch enthüllt, daß der Bau der A 5 nicht nur mit der Ansammlung von Industriewerken der Petrochemie und der Stahlindustrie in der Wesermarsch zusammenhängt, sondern daß Bonn und der Bremer Senat auch noch ganz andere Interessen dabei verfolgen. Nämlich die schnelle Verlegung von amerikanischen Truppen aus dem Raum Frankfurt-Gießen an die norddeutsche Küste bzw. für den schnellen Abtransport von Nachschubgütern aus Bremerhaven auf zwei Autobahnen links und rechts der Weser.

Der Protest gegen die Senatspläne war so groß, daß sich kurz nach dieser öffentlichen Versammlung eine Initiative gegen den Bau der A 5 gründete. Anfang Januar erschien im Weser-Kurier eine Meldung, wonach Bremen und Niedersachsen übereingekommen sind, die A 5 auf bremischem Gebiet über bereits vorhandene Hauptverkehrsstraßen zu führen. Mit anderen Worten: Entscheidung für die Neuenlander Straße. Und das, nachdem die Senatsvertreter auf der Stadtteilbeiratssitzung noch erklärt hatten, daß keine Bauentscheidung vor Durchführung öffentlicher Diskussionen stattfinden solle.

Aufgrund dieser Meldung richtete die Initiative einen offenen Brief an den zuständigen Bausenator. Die Antwort steht noch heute aus . . .



Verlockende Werbung für Großunternehmer. Für viele Kleinbauern bedeuten sie den Ruin.

Veranstaltungskalender

Mannheim: Am Freitag, den 30. 3. um 20 Uhr zeigt das Cinema Quadrat in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Freunde Albaniens die beiden albanischen Filme „Vier Lieder für die Partei" und „Roter Mohn auf der Mauer". Ort: Cinema Quadrat, Werkhaus, Mozartstraße, Nähe Nationaltheater.

Kiel: Die Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V., Ortsgruppe Kiel, lädt Sie herzlich ein zu ihrem diesjährigen „Frühlingsreisefest" mit albanischem Essen am Samstag, 24. 3. 79 um 19.30 Uhr in der Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Str. 309, Ecke Kopperpahler Allee.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

„Ein Forum für die fortschrittliche Kunst und Kultur“

Interview mit der *linkskurve*-Redaktion

Seit ein paar Wochen gibt es in der Bundesrepublik eine neue, vielversprechende Kulturzeitschrift — die *linkskurve*. Um unseren Lesern einen Eindruck vom Inhalt dieser Zeitschrift, von den Zielsetzungen ihrer Mitarbeiter zugeben, haben wir das folgende Interview mit der *linkskurve*-Redaktion geführt. Daneben dokumentieren wir Auszüge aus dem Entwurf der *linkskurve*-Plattform. Der vollständige Text der Plattform ist in der ersten Ausgaber der *linkskurve* enthalten.

Was hat euch veranlaßt, eine neue Kulturzeitschrift, die *linkskurve*, ins Leben zu rufen?

Gerade in den letzten ein, zwei Jahren, und besonders seit dem Herbst 1977, hat sich die politische Unterdrückung auch auf kulturellem Gebiet sehr verschärft. Ihr erinnert euch sicher an die „Sympathisanten“-Hetze gegen Schriftsteller wie Heinrich Böll oder Erich Fried. Aber es bleibt ja nicht nur bei Diffamierung, zunehmend werden fortschrittliche Bücher, Filme, Theaterstücke zensiert, verboten, ja mit Geld- und Gefängnisstrafen verfolgt. Die jüngsten Beispiele dafür sind die Verurteilung des Plakatmachers Ernst Volland, der den Bundesadler „verunglimpft“ haben soll, und das ungeheuerliche Gefängnisurteil gegen die Agit-Drucker, die allein deswegen verurteilt wurden, weil sie einen Text in der Zeitschrift „Info-Bug“ nicht zensiert haben.

Wir haben mit verschiedenen Künstlern, vor allem mit Laienkünstlern und -gruppen, also Werktätigen, die neben ihrer Arbeit ihre künstlerischen Begabungen pflegen, gesprochen und die Situation diskutiert. In diesen Gesprächen ist immer wieder deutlich geworden, daß es angesichts der politischen Unterdrückung notwendig ist, sich enger zusammenzuschließen, um die fortschrittliche Kunst und Kultur zu verteidigen, zu stärken und weiterzuentwickeln. Dabei war man sich einig, daß es nützlich ist, eine Zeitschrift herauszugeben, die intitiativ wirken soll, um alle fortschrittlichen Kräfte im Kulturbereich zusammenzuschließen und der fortschrittlichen Kunst und Kultur einen neuen Impuls geben kann.

Warum habt ihr eure Zeitschrift *linkskurve* genannt? Eine bewußte Anknüpfung an die Zielsetzung der alten „Linkskurve“?

Sicher, dieser Name verpflichtet. „Die Linkskurve“, so hieß das Organ des „Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller“, einer Organisation, die der KPD nahestand. In ihr wirkten so bedeutende Schriftsteller wie Ludwig Renn, Becher, Weinert, und Arbeiterschriftsteller wie Bredel, Neukrantz und so weiter.

Wenn wir unsere Zeitschrift jetzt wieder *linkskurve* nennen, so wollen wir natürlich nicht diese Zeitschrift einfach kopieren. Das wäre unsinnig. Einmal ist die kulturpolitische Situation der Jahre 1929-32, in der die alte „Linkskurve“ erschien, nicht mit der heutigen Zeit vergleigleichbar: Heute gibt es nicht so eine starke revolutionäre Arbeiterbewegung wie damals und auch nicht so viele bedeutende und wichtige Schriftsteller, die dieser revolutionären Arbeiterbewegung nahestehen. Zum anderen ist unsere Kulturzeitschrift auch nicht das Organ einer Gruppierung, die ausschließlich revolutionäre und proletarische Literatur vertritt. Wir wollen uns mit der Zeitschrift für die gesamte fortschrittliche Kunst, Literatur und Kultur einsetzen. Dies schließt natürlich auch die Kunst ein, die für eine radikale Änderung der Gesellschaft, für den Sozialismus eintritt.

Wenn wir uns trotz dieser Unterschiede *linkskurve* nennen, so deshalb, weil wir meinen, daß es sich lohnt, an bestimmten Erfahrungen jener Zeit anzuknüpfen. Das ist einmal die Zusammenarbeit zwischen professionellen Schriftstellern und Künstlern und Kulturschaffenden aus der arbeitenden Bevölkerung, die in der alten „Linkskurve“ gefördert und propagiert wurde. Wir meinen, auch in der heutigen Zeit ist dies der richtige Weg, um die fortschrittliche Kunst und Kultur zu beleben und zu stärken. Da ist der konsequente Kampf gegen den Faschismus, gegen die staatlichen Zensur- und Unterdrückungsmaßnahmen, den die alte „Linkskurve“ führte und von dem wir lernen können. Und schließlich ist die alte „Linkskurve“ für uns Vorbild für den Kampf um eine Kunst und Kultur, die sich dem Leben und dem Kampf der werktätigen Bevölkerung verpflichtet sieht.

Was ja auch den Kampf gegen die herrschende Unkultur einschließt.

Sicher, es gibt eine Kunst und Kultur, die mit dem Fühlen und Denken des Volkes verbunden ist, die sein Freiheitsstreben, seine Ideale und seine Hoffnungen unterstützt und stärkt. Und in unserer Geschichte gibt es ja genug Beispiele dafür, daß Künstler und Schriftsteller nicht nur mit ihrer Dichtung, Musik und Malerei den Kampf der werktätigen Bevölkerung unterstützten, sondern auch selbst auf den Barrikaden standen.

Und dann gibt es die Kunst und Kultur, die die Interessen der jeweils Herrschenden vertritt. Das sind keineswegs nur die offen reaktionären Machwerke, das ist heute besonders der millionenfache Schund und Kitsch in Filmen, Musik, Groschenheften und pornographischen Publikationen. Produkte, die an primitivste Instinkte anknüpfen, rassistische Ideen verbreiten, Mord und Sadismus verherrlichen. Damit soll das Denken und Fühlen der Werktätigen manipuliert werden, damit sollen die Köpfe vernebelt werden.

Es ist selbstverständlich, daß wir gegen diesen Massenbetrug ankämpfen. Die fortschrittliche Kunst und Kultur deckt dagegen die wahre Lage der Werktätigen auf, sie ergreift Partei für die Geknechteten und macht ihnen Mut, sich aufzulehnen.

Welche Themen behandelt ihr in der ersten Nummer der *linkskurve*?

Die erste Ausgabe setzt sich unter dem Leitthema „Wo Widerstand zur Pflicht wird“ mit der zunehmenden politischen Unterdrückung in diesem Lande auseinander. Dazu gibt es nicht nur Artikel, die sich mit der aktuellen Literatur und mit Filmen zu diesem Thema beschäftigen, sondern auch Bilder, Grafiken, Gedichte und Kurzgeschichten, die die reaktionäre Entwicklung in diesem Staat aufzeigen und anklagen. Beispielsweise Epigramme von Arnfried Astel und die Kurzgeschichte „Durch Schaden wird man dumm“ von Chotjewitz.

Daneben gibt es einen ausführlichen „Werkstatt“-Teil. In diesem Heft werden Beispiele aus der Arbeit von Volks- und Straßentheatern aufgeführt. Auch hier zeigt sich, daß zahlreiche Theatergruppen Stellung nehmen gegen Polizeistaatsmethoden und andere reaktionäre Praktiken. So etwa die „Theaterwehr Brandheide“ mit ihrem Anti-Atom-Volksstück, oder die Hamburger Arbeitertheatergruppe „Rotes Sprachrohr“ mit ihrem antifaschistischen Stück „Und Meyer hält sich doch nicht raus“. Außerdem gibt es Buch-, Theater- und Filmrezensionen, eine längere Würdigung von Lessing und viele Informationen über Musikgruppen, Theatergruppen, Kulturgruppen und vieles mehr.

Wie ist die Reaktion auf eure Zeitschrift?

Obwohl wir gerade erst begonnen haben und die erste Nummer erst seit zwei Wochen zum Verkauf ausliegt, können wir feststellen, daß das Konzept der Zeitschrift Unterstützung findet. Das zeigt sich einmal daran, daß so namhafte Künstler wie Bernt Engelmann, Gisela Trowe, Walter Mossmann, Ingeborg Drewitz, Hermann Treusch, Chotjewitz, Arnfried Astel, Die Schmetterlinge das erste Heft durch Interviews oder auch Beiträge unterstützten. Das zeigt sich zum anderen auch durch die Reaktion auf das erste Heft, es gibt zahlreiche positive Stimmen zu dieser Ausgabe. Dies zeigt uns, daß unsere Zeitschrift einem Bedürfnis entspricht und die Chance hat, zu einem lebendigen und kämpferischen Forum für die fortschrittliche Kunst und Kultur zu werden. Wir wünschen uns, daß möglichst viele durch Kritiken, Anregung und Beiträge an der Zeitschrift mitarbeiten. Und dazu sind auch eure Leser aufgerufen.

Wir danken euch für das Gespräch und wünschen der Zeitschrift und ihrer kulturellen Arbeit viel Erfolg.

1/79 · Magazin für Kunst und Kultur · 5 DM

linkskurve

...wo Widerstand zur Pflicht wird

Im Gespräch: Gisela Trowe, Bernt Engelmann · Kurzgeschichte: „Durch Schaden wird man dumm“ von P. O. Chotjewitz · Grafiken/Bilder: H. D. Gölzenleuchter, Dirk Hagner, Kieler Grafikgruppe · Neue Lieder: Walter Mossmann · Zensur-Umfrage: A. Astel, I. Drewitz, Schmetterlinge, M. Schneider, H. Treusch · Aus der Werkstatt: Volks- und Straßentheater — Theaterwehr Brandheide u.a. · Plattform der Linkskurve (Entwurf)

...wo Widerstand zur Pflicht wird

linkskurve erscheint vierteljährlich (Nr. 1 im Februar 1979). Preis pro Heft: 5 DM, im Abonnement 20 DM (zzgl. Porto). Da *linkskurve* keinen Gewinn erzielt, bitten wir, von Förderabonnements (pro Jahr 40 DM) Gebrauch zu machen. Vertrieb: Verlag Neue Zeit GmbH, Postfach 4304, 2300 Kiel 1, Konto 2/0300-205, PSchA Hamburg



Wiederherstellung der weißen Weste — *Grafikgruppe Kiel 1978 — dez*

„Der eigenen Kraft bewußt sein“

Aus dem Entwurf der *linkskurve*-Plattform

Das deutsche Kulturleben zählt auch heute — im Westen wie im Osten — viele Künstler, die trotz materieller und geistiger Behinderung tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und in ihren Werken scharfsichtige Analysen der Lebenslage des Volkes geben. Es gibt auch heute Künstler, die mutige persönliche Opfer bringen, um richtige Erkenntnisse an die Öffentlichkeit zu tragen; ebenso Künstler mit einer engen Bindung zur Arbeiterschaft, überzeugt von den Ideen, die eine bessere, menschenwürdige Welt zum Ziel haben. (...)

Mit der Entwicklung einer breiten fortschrittlichen, die Interessen der Werktätigen unterstützenden Kunst und Kultur jedoch stehen wir immer noch am Anfang, obwohl selbst die jüngere deutsche Geschichte zahlreiche bedeutende Künstler, zum Beispiel Kurt Tucholsky, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, insbesondere Brecht und Eisler hervorgebracht hat. Denn in vielen zeitgenössischen Werken vermißt man ihren Kampfgeist, ihre umfassende und tiefgehende Darstellung des Lebens der werktätigen Menschen mit ihren Hoffnungen und ihrem Streben nach Freiheit. (...)

Fortschrittliche Kunst lebt auch vom Engagement der arbeitenden Bevölkerung. Denn künstlerisches Schaffen und kämpferisches Leben des Volkes haben immer wertvollen Anteil an einer fortschrittlichen deutschen Kultur gehabt und sind stets Anregung und Quelle für Dichter, Musiker und Maler gewesen. Gerade dann, wenn Künstler mit beiden Beinen im Leben stehen, wenn sie die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeiter und Angestellten kennen und sich an ihren Kämpfen beteiligen, nicht zuletzt aber auch dann, wenn sie sich von der Phantasie künstlerischer Kräfte aus dem Volk inspirieren lassen, gewinnen ihre Werke an Verständlichkeit, an Weite und Tiefe in der Darstellung der Realität und ihrer Veränderung zugunsten des Volkes.

Allerdings setzt der Weg zu einer Zusammenarbeit Bereitschaft und Offenheit auf beiden Seiten voraus. Auch die künstlerischen Begabungen aus der Bevölkerung haben Hilfe und Unterstützung nötig. Für sie ist es schon schwierig, sich neben harter Arbeit das handwerkliche Können anzueignen, um ihre Vorstellungen und Anschauungen treffend umzusetzen. Aber nicht nur die Qualifizierung der künstlerischen Tätigkeit erfordert von Laienkünstlern erheblich mehr Mühe als von professionellen Künstlern, es existieren für sie auch wesentlich weniger Möglichkeiten, ihre Kunst zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

Es ist an der Zeit, alle fortschrittlichen Kräfte im Kulturbereich zusammenzuschließen, um der Entwicklung einer vorwärtstreibenden, fortschrittlichen Kunst und Kultur neuen Impuls zu geben. Deshalb rufen wir auf:

- Schaffen wir ein Forum, um über Grenzen von Weltanschauung und Parteien hinweg aktive Solidarität gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit, gegen staatliche Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei, gegen Anfeindung, Diffamierung und Verfolgung fortschrittlicher Künstler zu organisieren!
- Schaffen wir ein Forum, das die Möglichkeit bietet, die sozialen Belange der Künstler an die Öffentlichkeit zu tragen und sie damit im Kampf um bessere Existenzbedingungen zu unterstützen! Denn das Bild vom Luxusleben der Künstler, das uns die Boulevardpresse anpreist, trügt. Sicher, es gibt bestimmt ein paar Stars, die in Saus und Braus leben können, aber die Realität der meisten Musiker, Schauspieler und Schriftsteller sieht anders aus: niedrige Gagen und Honorare. Unsichere, kurzfristige Arbeitsverträge ohne Garantie auf Sozialversicherung. Arbeitslosigkeit.
- Schaffen wir ein Forum, um Anstöße für die notwendige sich gegenseitig bereichernde Zusammenarbeit zwischen Berufs- und Laienkünstlern zu geben und eine offene und kritische Auseinandersetzung mit Inhalt, Form, Qualität und Funktion fortschrittlicher Kunst und Kultur zu führen.

Es ist an der Zeit, aktiv an der Weiterentwicklung fortschrittlicher Kunst und Kultur mitzuwirken und sie vor allem unter der arbeitenden Bevölkerung als notwendige Unterstützung ihres Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung breit bekanntzumachen.

Beginnen wir! Nicht erst morgen, gleich heute!

Carters „Friedensvertrag"

Allianz gegen die arabischen Völker

Als Präsident Carter in der vergangenen Woche aus dem Nahen Osten nach Washington zurückkehrte, ließ er sich als Friedensheld feiern. Am nächsten Tag konnte man dann in der Presse nachlesen, um welche Positionen in Kairo und Jerusalem gepokert worden war: um die Errichtung von Flottenstützpunkten, den Bau von Militärflughäfen, umfangreiche amerikanische Waffenlieferungen usw. Wahrhaftig — seltsame Friedensverhandlungen!



Und so sieht — nach dem, was bisher darüber bekannt wurde — der Pakt zwischen den USA, Israel und Ägypten im einzelnen aus:

- **Friedensvertrag.** Zwischen Kairo und Jerusalem soll ein separater Friedensvertrag geschlossen werden. Und das, obwohl die israelischen Zionisten weiter mit den anderen arabischen Nachbarstaaten im Kriegszustand leben, obwohl sie weiter das gesamte Territorium des palästinensischen Volkes und einen Teil Syriens besetzt halten, obwohl sie weiter fast täglich schwere militärische Aggressionen gegen den Libanon unternehmen (siehe Kasten) usw.

Zusammen mit dem Friedensvertrag sollen diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Kairo und Jerusalem aufgenommen werden. Unter anderem hat Sadat auch Erdöllieferungen an Israel zugesagt, die nicht zuletzt die zionistische Militärmaschine in Gang halten werden. Die „Gegenleistung" Israels: das Versprechen, die Truppen aus der 1967 besetzten ägyptischen Sinai-Halbinsel zurückzuziehen.

- **Palästinafrage.** Der Pakt gesteht den israelischen Zionisten ausdrücklich das „Recht" zu, ihre Herrschaft über ganz Palästina aufrechtzuerhalten. In den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (Gaza-Streifen und Westjordanland) soll eine sogenannte palästinensische Autonomie errichtet werden. Mit einer wirklichen Selbstbestimmung hat das allerdings nichts zu tun. Denn die Zionisten wollen sich weiter die politische, wirtschaftliche und auch militärische Kontrolle über diese Gebiete sichern. Der einzige Unterschied zum jetzt bestehenden Zustand wird sein, daß die israelische Militärverwaltung dort offiziell für aufgelöst erklärt und palästinensische Marionetten-Organe errichtet werden, die allerdings unter israelischen Bajonetten stehen.

- **Vorrangklausel.** Weiter ist in dem Vertrag festgehalten, daß der jetzt abgeschlossene Pakt den Vorrang vor allen anderen Verträgen hat, die früher von Kairo geschlossen wurden. Faktisch bewirkt das ein Ausscheiden Ägyptens aus der Arabischen Liga.

Was bedeutet dieser Pakt für den Kampf der arabischen Völker? Zunächst einmal tritt er die Rechte des palästinensischen Volkes mit Füßen. Er leugnet vollständig das Recht dieses leidgeprüften Volkes auf Selbstbestimmung, auf Rückkehr in die Heimat — aus der der größte Teil dieses Volkes von den Zionisten vertrieben wurde — und die Errichtung eines eigenen souveränen Staates. Der Pakt soll im Gegenteil die israelische Herrschaft über Palästina verewigen.

Zum anderen soll er Ägypten endgültig aus der arabischen Front gegen den israelischen Gangsterstaat, der ein Werkzeug des amerikanischen Imperialismus ist, herausbrechen. Es liegt auf der Hand, daß der separate Friedensvertrag mit Ägypten den israelischen Reaktionären den Rücken für neue, noch brutalere Aggressionen gegen die anderen arabischen Nachbarländer freihält. Zudem wird Ägypten selbst durch den Pakt noch stärker der Kontrolle durch die amerikanische Supermacht unterworfen und zunehmend zu einem Werkzeug für die Durchsetzung der Raubinteressen der US-Imperialisten im Nahen Osten gemacht.

Das wird besonders deutlich, wenn man die Vereinbarungen betrachtet, die gemeinsam mit dem separaten Friedensvertrag abgeschlossen wurden. Darin verpflichtet sich Washington, in den nächsten drei Jahren an Israel und Ägypten Militär- und Wirtschaftshilfe im Werte von 5 Millionen Dollar zu leisten. Das wäre, so erklärte es Carter, der annehmbare Preis für das Zustandekommen des Vertrags. Einmal abgesehen davon, daß es ja wieder die amerikanischen Werktätigen sind, die mit ihren Steuern diesen Preis bezahlen werden: Die Milliarden sind keineswegs Geschenke Washingtons an die Regime von Kairo und Jerusalem.

Sie dienen einmal dazu, dieses Regime noch weiter mit amerikanischen Waffen und Militäranlagen aufzurüsten. So wurde etwa bekannt, daß in Israel unter anderem zwei neue Flughäfen für die zionistischen Terrorbomber finanziert werden sollen. In Ägypten soll das ganze Arsenal von sowjetischen Panzer- und Infanteriewaffen durch entsprechende amerikanische Ausrüstung ersetzt werden. Zudem ist bei den Verhandlungen, die Carter geführt hat, offen über die Errichtung von amerikanischen Militärstützpunkten gesprochen worden, und zwar eines Luftwaffenstützpunktes auf dem ägyptischen Sinai und eines Flottenstützpunktes im israelischen Hafen Haifa.

Ebenso wie die Waffenlieferungen, die den militärischen Einfluß Washingtons weiter stärken werden, ist auch die Wirtschaftshilfe kein Geschenk. Sie dient vor allem in Ägypten dazu, die Stellung des Dollars dort zu festigen und das Land noch mehr dem Diktat und der Ausplünderung der amerikanischen Monopole zu unterwerfen.

Mit dem Pakt zwischen Kairo und Tel Aviv hat Washington eine neue reaktionäre Allianz unter seinem Kommando im Nahen Osten geschaffen. Kaum war Carter in die USA zurückgekehrt, startete sein Berater Brzezinski in den Nahen Osten. Sein Ziel: die Allianz auf die Regime von Saudi-Arabien und Jordanien zu erweitern. So versuchen die amerikanischen Imperialisten nach dem Sturz ihres Kettenhundes, des Schah-Regimes im Iran, ein neues imperialistisches Paktsystem im Nahen Osten zu errichten. Eine westdeutsche Zeitung sprach in diesem Zusammenhang schon schwärmerisch von einer „Kombination von saudischem Geld, ägyptischen Soldaten und amerikanischer Logistik". Und tatsächlich hat sich Sadat schon bereit erklärt, seine Soldaten als Söldner Washingtons einzusetzen. Und die saudischen Scheichs finanzieren jetzt schon amerikanische Waffenlieferungen, zum Beispiel Kampfflugzeuge und Panzer für den Jemen und F-5-Bomber für Ägypten.

Mit ihrem neuen Paktsystem wollen die amerikanischen Imperialisten ihre Herrschaft über die Ölquellen des Nahen Ostens aufrechterhalten. Es richtet sich zum einen gegen die sowjetischen Konkurrenten, die seit langem versuchen, ihren imperialistischen Einfluß im Nahen Osten zu verstärken. Vor allem aber richtet es sich gegen die Völker dieser Region, die weiter ihrer Reichtümer beraubt und unter der Knute Washingtons gehalten werden sollen. Die amerikanische Supermacht bereitet sich darauf vor, den gerechten Befreiungskampf dieser Völker im Blut zu ersticken.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die angebliche Friedensmission des Präsidenten Carter von starken Protesten der arabischen Völker, vor allem der Palästinenser begleitet war (siehe Artikel auf dieser Seite). Überall wurde die reaktionäre Allianz verurteilt und der ägyptische Präsident Sadat als Verräter an der arabischen Sache gebrandmarkt. So stark war der Widerstand der arabischen Völker, daß es keine Regierung, nicht einmal die proamerikanischen Regime von Jordanien oder Saudi-Arabien, wagte, die von Carter besiegelte Allianz gutzuheißen.


Israelische „Friedenspolitik": So sah es nach einem der zahlreichen israelischen Bombenangriffe auf den Libanon aus

Arroganz des Terrors

Während Carter in Jerusalem verhandelte, während er mit dem Zionistenchef Begin werbewirksam vor den Fernsehkameras posierte und vom Frieden redete, setzte die israelische Militärmaschine ihre Aggression gegen die Bevölkerung des Libanon fort.

Die Stadt Nabatije und das Dorf Kfar Tibnis wurden mit Artillerie beschossen. Ein 14jähriges Mädchen und ein fünfjähriger Junge starben im Feuer der israelischen Geschosse.

Israelische Schnellboote beschossen die Stadt Damour, die 20 Kilometer südlich von Beirut liegt. In Damour leben viele aus ihrer Heimat vertriebene palästinensische Flüchtlinge.

Israelische Jagdbomber donnerten im Tiefflug über die Städte Beirut und Saida hinweg und lösten dabei teilweise Panik unter der Bevölkerung aus.

US-Militärberater in den Jemen

Immer massiver schaltet sich Washington in den Konflikt zwischen den beiden auf der arabischen Halbinsel liegenden jemenitischen Staaten ein. Nachdem Carter schon unter Umgehung der gesetzlichen Einspruchsfrist des amerikanischen Senats grünes Licht für umfangreiche Waffenlieferungen an den Nordjemen gegeben hatte, wurde jetzt die Entsendung von mindestens 300 Militärberatern angekündigt. Sie sollen die jemenitischen Soldaten im Gebrauch der amerikanischen Panzer und Kampfflugzeuge ausbilden.

Im Südjemen stehen schon seit geraumer Zeit Militärberater aus der Sowjetunion, aus Kuba und der DDR. So machen die beiden Supermächte den Jemen zum Schauplatz ihres Kampfes um das arabische Erdöl. Wenn auch die Kämpfe zwischen dem Nord- und Südjemen Ende letzter Woche abgeflaut sind und ein neuer Waffenstillstand vereinbart wurde, so ist doch die massive militärische Präsenz der Supermächte auch weiterhin eine ernste Bedrohung für die Völker und eine Gefahr für den Frieden in dieser Region.


Auch in der letzten Woche demonstrierten die iranischen Frauen wieder für ihre Rechte

Iran

Regierung fordert Einstellung der Hinrichtungen von Faschisten

Die Regierung Bazargan in Teheran verstärkt gegenwärtig ihre Bemühungen, die revolutionäre Bewegung der Volksmassen zurückzudrängen. So wurden die Arbeiter aufgerufen, Ruhe zu bewahren und die Bestrebungen einzustellen, die Leitungen der Betriebe selbst zu wählen. Die Studenten wurden aufgefordert, wieder in die Universitäten zurückzukehren.

Gleichzeitig gestand die Regierung ein, daß sie nach wie vor nicht die vollständige Kontrolle über das Land ausübt. Besonders deutlich wurde das in der Frage der Prozesse gegen die Verbrecher des alten Regimes. Immer wieder waren Folterer des SAVAK, des Geheimdienstes der Schah-Diktatur, Polizei- und Militäroffiziere von den Volksmassen aufgespürt und von sogenannten Revolutionstribunalen abgeurteilt worden. Die Zahl derer, die auf diese Weise ihre gerechte Strafe fanden, wird auf über 60 geschätzt. Bazargan hatte sich immer drängender gegen die Hinrichtung der Verbrecher des faschistischen Regimes gewandt.

Nachdem eine internationale Front vom UNO-Präsidenten Waldheim bis zum Europa-Parlament die Hinrichtungen als „Menschenrechtsverletzungen" diffamierte, hat sich am Wochenende auch der iranische religiöse Führer Khomeiny gegen die Vollstreckung von Todesurteilen ausgesprochen. Er hat alle Gerichte aufgefordert, sich der Regierung zu unterstellen.

Proteste im Westjordanland

Auch nach der Abreise Carters halten die Protestaktionen in dem von Israel besetzten palästinensischen Westjordanland an. In der vergangenen Woche war dort das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen gekommen. Die palästinensischen Werktätigen hatten mit einem Generalstreik gegen den reaktionären Pakt zwischen Washington, Kairo und Tel Aviv protestiert. In den Streik getreten waren auch Lehrer und Schüler, so daß die meisten Schulen geschlossen blieben. Auch die Mehrzahl der Händler im Westjordanland unterstützte die Proteste durch die Schließung ihrer Läden.

In Ramallah, Nablus und anderen Städten entwickelten sich bei Protestdemonstrationen heftige Straßenschlachten zwischen palästinensischen Werktätigen und Jugendlichen und den israelischen Besatzertruppen, die jeden Widerstand im Keim ersticken wollten. Die Demonstranten setzten sich mutig gegen die Besatzer zur Wehr. Sie errichteten Barrikaden und empfingen die israelischen Militärfahrzeuge mit Steinhageln. Brutal und rücksichtslos machten die Soldaten von ihren Schußwaffen Gebrauch. In Ramallah zum Beispiel nahmen sie eine Gruppe von Demonstranten unter Feuer, die sich zu einem Sitzstreik auf der Straße niedergelassen hatten. Dabei wurden 20 Palästinenser verletzt. In Halkaul eröffneten die Truppen des zionistischen Regimes ebenfalls das Feuer auf eine Demonstration und ermordeten dabei einen jungen Mann und ein Mädchen.

Faschistischer Blutterror — das ist nach wie vor die Antwort des israelischen Regimes auf die Forderungen und den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes. Der Besatzerterror im Westjordanland, das war der „Friedensvertrag" in Aktion. Die Kämpfe der vergangenen Woche machten aber auch deutlich, daß das palästinensische Volk trotz aller Komplotte seiner Feinde am Kampf gegen die Besatzer, für die Befreiung seiner Heimat festhält.


Palästinensische Schüler demonstrieren im besetzten Westjordanland

Peking setzt Aggression fort

Drohungen gegen Laos

Auch Anfang der Woche hielten die Kämpfe zwischen den vietnamesischen Streitkräften und den chinesischen Aggressionstruppen noch an. Die Pekinger Führer machen zwar seit Wochen ein großes Geschrei um einen angeblich freiwilligen Rückzug aus dem Nachbarland. Tatsächlich aber setzten sie ihre Verbrechen gegen das vietnamesische Volk fort, wobei sie offensichtlich versuchen, die nördlichen Provinzen Vietnams zur „verbrannten Erde" zu machen.

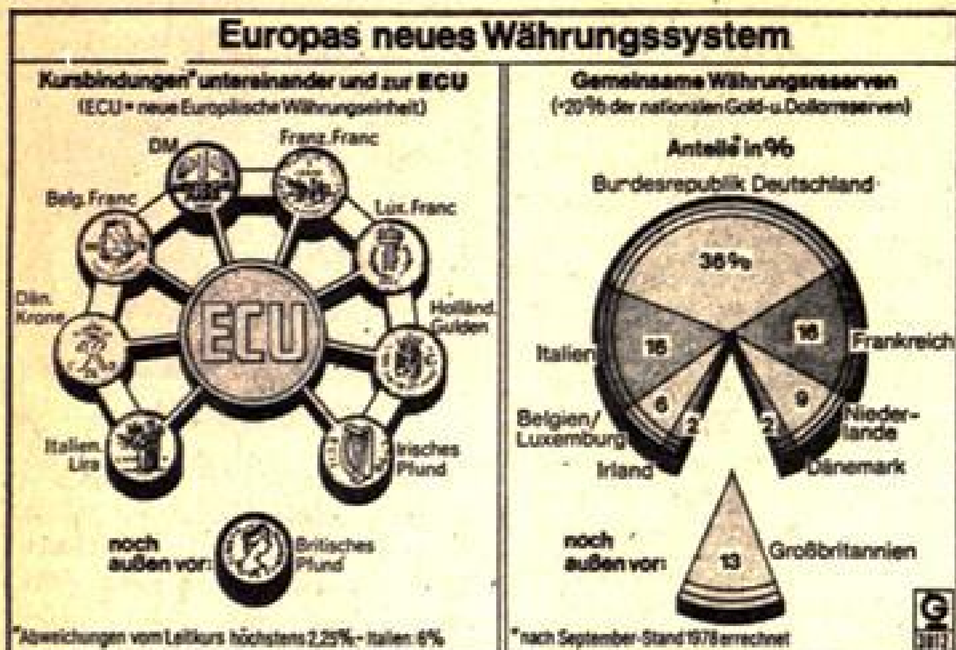
Die Pekinger Führer selbst rühmen sich in maßloser Arroganz der „verheerenden Schläge" ihrer Aggressionstruppen. Deng Xiaoping tönte, die chinesischen Invasoren „hätten bis nach Hanoi vorstoßen können, wenn sie gewollt hätten". Gleichzeitig kündigen die chinesischen Revisionisten schon jetzt — wo sie vom Rückzug aus Vietnam sprechen — an, sie würden auch in Zukunft gegen Vietnam „in Notwehr zurückschlagen".

Drohungen haben die Pekinger Führer jetzt auch gegen das Nachbarland Laos ausgestoßen. Sie warnten die Regierung dieses Landes vor einem „weiteren Abgleiten auf den antichinesischen Kurs". Nach laotischen Angaben sind inzwischen starke chinesische Truppenverbände an der Grenze des Landes konzentriert worden.

Die abenteuerliche und verbrecherische Politik Pekings hat die volle Rückendeckung der amerikanischen Supermacht. Das brachte der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Brzezinski, zum Ausdruck, als er am Wochenende ausdrücklich das Interesse Washingtons an „einem starken China" betonte. Ungerührt von der Tatsache, daß die Pekinger Aggressionstruppen in Vietnam weiter sengen und morden, erklärte Brzezinski die Unterstützung seiner Regierung für das von Deng und Hua betriebene „Modernisierungsprogramm", zu dem auch die Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte gehört.



Die chinesischen Aggressoren haben den Norden Vietnams mit Tod und Zerstörung überzogen. Die Stadt Lang Son nach dem Rückzug der Pekinger Truppen.



Mit der Einführung des neuen Währungssystems wurde ein Kunstgeld, die Verrechnungseinheit Ecu, geschaffen. Gleichzeitig wurde ein Währungsfonds (rechte Graphik) gebildet, an dem Bonn den größten Anteil hat.

Europäisches Währungssystem in Kraft

EG soll DM-Zone werden

Schon mit dem Beginn dieses Jahres sollte das Europäische Währungssystem (EWS) in Kraft treten. Der Start des EWS wurde jedoch durch das zähe Pokern der EG-Regierungen immer wieder verzögert — zuletzt durch den offenen Streit zwischen Bonn und Paris um die Märkte für landwirtschaftliche Produkte. In der vergangenen Woche nun war es soweit: Das EWS trat in Kraft, mit der Ausnahme Britanniens sind ihm alle Länder der EG angeschlossen.

Wie funktioniert dieses Währungssystem, von dem sich seine Schöpfer — allen voran der Bonner Kanzler Schmidt — eine neue Periode der Geld- und Wirtschaftsstabilität in Europa versprechen? Das EWS sieht zum einen die Schaffung einer gemeinsamen künstlichen Währung, des ECU, vor und zum anderen die Einrichtung eines Währungsfonds, in den alle Teilnehmerländer 20 Prozent ihrer Währungsreserven einzahlen. Schwankt nun eine Währung um mehr als 2,25 Prozent (bei der italienischen Lira und dem irischen Pfund um mehr als 6 Prozent) gegenüber dem ECU, soll der Fonds regulierend eingreifen.

Dieses System ist eine Kampfansage an den immer mehr vom Verfall bedrohten Dollar. Es wird seine Funktion als Leitwährung der westlichen kapitalistischen Welt noch weiter schwächen. Daneben bedeutet es eine Stärkung der Deutschen Mark und damit des Einflusses der westdeutschen Imperialisten in der EG. Sie verfügen über den größten Anteil am Europäischen Währungsfonds (siehe Graphik) und können damit auch weitgehend die Verwendung der darin enthaltenen Mittel — umgerechnet ca. 65 Milliarden Mark — diktieren.

Die Vergabe von Währungskrediten aus dem Fonds wird mit wirtschaftlichen Auflagen für die betreffenden Länder verbunden sein. Und die Bonner Finanzstrategen haben schon jetzt zu verstehen gegeben, daß sie dabei genauso vorgehen wollen, wie es die amerikanischen Imperialisten in dem von ihnen beherrschten Internationalen Währungsfonds (IWF) schon seit langem tun. (Finanzstaatssekretär Lahnstein: „Der IWF kann hier neben anderen als Vorbild dienen.") Solche Auflagen wie sie der IWF praktiziert, sind: Abbau der Schranken gegen ausländische Kapital- und Warenexporte zuungunsten der nationalen Wirtschaft der kreditnehmenden Länder, „Sparprogramme", mit denen die Regierungen dieser Länder durch Einschränkungen der Staatsausgaben, Preiserhöhungen usw. die Wirtschaft sanieren sollen, Massenentlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, aber auch in der privaten Wirtschaft.

An diesen Beispielen wird schon deutlich, was die Herren in Bonn mit dem neuen Europäischen Wirtschaftssystem bezwecken, dessen Einführung sie seit dem letzten Jahr massiv betrieben haben. Sie wollen die EG zu einer D-Mark-Zone machen. Sie wollen die Tatsache, daß einige westeuropäische Länder besonders stark von der kapitalistischen Krise getroffen sind, dazu ausnutzen, ihre imperialistischen Positionen in diesen Ländern zu verstärken. Und bezahlen sollen — wieder einmal — die europäischen Völker: durch Massenarbeitslosigkeit, Lohnraub und Teuerung. So wird das EWS alles andere, als ein Beitrag zur „Stabilität" in der EG sein. Es wird die Verelendung der werktätigen Massen zugunsten der Profite einer Handvoll Monopolherren, vor allem der westdeutschen, weiter vorantreiben. Es wird aber auch den Kampf und den Widerstand der Werktätigen gegen dieses Europa der Monopole stärken.

Britische Untersuchungskommission bestätigt

Systematische Folter an irischen Patrioten

In der vergangenen Woche enthüllte der Polizeiarzt Robert Irwin im britischen Fernsehen Einzelheiten über die Folter im Untersuchungsgefängnis Castlereagh in der nordirischen Stadt Belfast. Irwin berichtete, ihm seien 160 politische Gefangene vorgeführt worden, die Verletzungen durch die Folter davongetragen hätten.

Der Arzt erklärte unter anderem: „Ich habe fünf Trommelfelldurchlöcherungen gesehen, zwei Knochenverletzungen am Unterarm, dazu Fingerverletzungen. Ich habe Verletzungen sowohl an Handgelenken wie an Fingergelenken gesehen, die durch Quetschungen der Hand oder durch Verdrehen der Finger verursacht waren." Am Wochenende legte die sogenannte Bennett-Kommission — ein von der britischen Regierung eingesetzter Untersuchungsausschuß — einen Bericht über die Lage in den nordirischen Gefängnissen vor, der die Foltervorwürfe im wesentlichen bestätigen mußte.

Für die irische und britische Öffentlichkeit sind solche Berichte allerdings keineswegs sensationell. Immer wieder war in den letzten Jahren nachgewiesen worden, daß die britischen Besatzer irische Patrioten systematisch foltern. 1976 wurde die Londoner Regierung wegen dieser Praktiken sogar von der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg verurteilt. Geändert jedoch hat sich nichts am Folterterror. Im Gegenteil. Im gleichen Jahr 1976 haben die britischen Besatzer in Nordirland die Haftbedingungen für die von ihnen eingekerkerten Patrioten noch weiter verschärft. Isolierhaft, Verweigerung des Hofgangs, von Anwaltsbesuchen usw. sind heute an der Tagesordnung. Zudem geben die Terrorgesetze der britischen Besatzer den Polizeitruppen ohnehin das Recht zu willkürlichen Verhaftungen ohne Haftbefehl. So sind derzeit etwa 2.000 politische Gefangene in nordirischen Gefängnissen eingekerkert; unter unmenschlichen Bedingungen, zu denen eben auch die planmäßig betriebene Folter zur Erpressung von „Geständnissen" oder zur Brechung des Widerstands der Gefangenen gehört.

Die jetzt wieder bestätigten Berichte über die Folter werfen ein grelles Licht auf die Politik der britischen Imperialisten, die selbst vor solchen faschistischen Methoden nicht zurückschrekken, um ihre koloniale Herrschaft über einen Teil Irlands aufrechtzuerhalten.

Regierungswechsel und Streiks in Brasilien



Sao Paulo: Eine Demonstration wird von Spezialeinheiten des faschistischen Regimes niedergeschlagen.

General Geisel, der Chef des faschistischen Regimes von Brasilien, ist abgetreten. Die Bilanz seiner fünfjährigen Regierungszeit ist neben Tausenden von Eingekerkerten und Ermordeten der Anstieg der Lebenshaltungskosten um sage und schreibe 416 Prozent und das Anwachsen der Auslandsschulden von 12,5 auf 43 Milliarden Dollar. Das Regime versucht jetzt mit dem Regierungsantritt des neuen Mannes, des früheren Geheimdienstchefs Figueiredo, Hoffnungen auf eine „Entwicklung zur Demokratie" zu erwecken. Aber — wie „A classe operaria", das Organ der illegalen KP Brasiliens, feststellte — wird die neue Regierung die Politik der faschistischen Unterdrückung, des Ausverkaufs an das ausländische Kapital, der Verelendung der Volksmassen usw., die ihre Vorgängerin betrieben hat, nur fortsetzen und noch weiter verschärfen.

Daß die brasilianische Arbeiterklasse nicht bereit ist, eine solche Politik hinzunehmen, davon zeugt die mächtige Streikwelle, die seit Mitte der letzten Woche über das Land geht. Am Dienstag waren 215.000 Autoarbeiter aus der Region Sao Paulo für eine Teuerungszulage in den Streik getreten. Dieser Kampf legte auch die Werke der westdeutschen Multis VW und Daimler lahm. Am Mittwoch schlossen sich 35.000 Metaller aus der Stadt Sao Jose dos Campos dem Streik an. Auch 82.000 Lehrer aus dem Bundesstaat Rio de Janeiro legten die Arbeit nieder, um ein Mindestgehalt von 8.000 Cruzeiros (ca. 660 Mark) zu erkämpfen. Das faschistische Regime hat die Streiks für illegal erklärt und mit Unterdrükkungsmaßnahmen gedroht.

Die Zahl der Städte in Albanien hat sich verdreifacht

Das sozialistische Albanien steht in diesem Jahr im Zeichen des 35. Jahrestages der Befreiung des Landes, der am 29. November gefeiert wird. Zu der stolzen Bilanz, die das albanische Volk nach 35 Jahren der proletarischen Staatsmacht ziehen kann, gehören auch die folgenden Tatsachen, auf die jetzt in der albanischen Presse hingewiesen wurde. Im Vergleich zu 1938 hat sich die Zahl der Städte verdreifacht. Während damals nur 15 Prozent der Bevölkerung in Städten lebten, sind es heute 30 Prozent.

Das ist jedoch keineswegs das Ergebnis einer Verödung der ländlichen Gebiete, einer Landflucht, wie wir sie in allen Ländern der kapitalistischen Welt im Westen und Osten beobachten. Es ist vielmehr das Resultat des planmäßigen sozialistischen Aufbaus, zu dem auch eine intensive Entwicklung der Landwirtschaft gehört. So hat sich die Zahl der ländlichen Bevölkerung in Albanien auch nicht etwa verringert, sondern sich seit 1938 verdoppelt.

Das Wachstum der Städte ist ein Ergebnis der raschen und planmäßigen Entwicklung der sozialistischen Industrie. Es ist verbunden mit einem stetigen Anwachsen der Arbeiterklasse in Albanien. Die Stadt Elbasan zum Beispiel, heute Zentrum der Stahlindustrie, zählt fünfmal mehr Einwohner als vor der Befreiung. In der Hafenstadt Durres, wo unter der Volksmacht vor allem die Chemie- und Werftindustrie entwickelt wurde, hat sich die Einwohnerzahl versechsfacht.

Im Zuge des sozialistischen Aufbaus und der Errichtung neuer Industriekomplexe sind aber auch völlig neue Städte entstanden, wie etwa Stalin, Patos oder die Erdölstadt Ballsh. In der jüngsten Zeit wurde die neue Stadt Kukës errichtet. Das war notwendig geworden, weil mit Aufbau des Wasserkraftwerks „Licht der Partei" ein künstlicher Stausee angelegt wurde, der sich auch über das Gebiet des alten Kukës erstreckt. Kennzeichnend für die Aufbauerfolge des albanischen Volkes ist auch die folgende Zahl: 70 Prozent der Stadtbevölkerung leben heute in Wohnungen, die nach der Befreiung des Landes gebaut wurden.

Was die Entwicklung auf dem Land betrifft, so haben heute schon viele landwirtschaftliche Zentren ein städtisches Bild angenommen. Das ist eines der Ergebnisse der Maßnahmen, die von der Partei der Arbeit und der Staatsmacht ergriffen werden, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land abzubauen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Zweimal Hohes C

Politik in Christi Namen

In der letzten Woche wurde bekannt, daß der CDU-Politiker Gunther Träger aus dem Umkreis des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel gleichzeitig Funktionär der berüchtigten Sekte „Scientology-Kirche" ist. Träger übersetzte unter anderem das Scientology-Standardwerk „Die Grundlagen des Denkens" von Sektenchef L. Ron Hubbard und war Mitbegründer der Sekten-Unterorganisation „Narconon" in Frankfurt.

Für die CDU-Politik wurde Träger noch von dem früheren rheinland-pfälzischen Regierungschef Kohl engagiert. Er war bei der Pressestelle der Staatskanzlei angestellt. Er schrieb für den späteren Regierungschef Vogel und begleitete ihn bei Terminen. Von der Pressestelle wechselte er in das Landesstudio des ZDF über, wo er als Lobbyist der CDU wirkt. Sein Auftrag lautet nach seiner eigenen Aussage: „Jeden Tag mindestens eine Vogel-Meldung über den Äther zu bringen." Beim Fernsehen wirkt er jedoch auch als Lobbyist für seine Sekte. Für einen Film über Jugendsekten stellte er eine Sektenangehörige als Mitarbeiterin ein und stattete sie mit ZDF-Papieren aus.

Die „Scientology-Kirche" nutzt unter dem Deckmantel von Religion die seelische Not und das mangelnde Selbstbewußtsein junger Menschen aus, um damit Geschäfte zu machen. Die Sekte bietet über 50 Psycho-Kurse zu Preisen bis zu 5.700 Mark an. Bei den Kursen wird ein — natürlich zuvor zu kaufender — Lügendetektor eingesetzt. Die Kursteilnehmer müssen die Fragen ihres „Auditors" wahrheitsgemäß beantworten. Über die Antworten werden Protokolle geschrieben, welche die Sekte in ihrem Besitz behält. Leicht können die ahnungslosen Besucher der Sekten mit ihren meist sehr persönlichen Aussagen unter Druck gesetzt werden.

Filbinger finanziell

Ein Blutegel fällt, sobald er sich mit Blut sattgetrunken hat, von seinem Opfer ab. Ein Blutrichter — auch wenn er derzeit nur am Steuersack saugt — ist nicht zu sättigen. Dies jedenfalls lehrt das Beispiel des abgedankten Ministerpräsidenten und noch amtierenden CDU-Vorsitzenden von Baden-Württemberg, Filbinger.



• Zu seinem 65. Geburtstag im letzten September „wünschte" sich Filbinger, kaum zurückgetreten, ein antikes Möbelstück zum Geschenk, das in der landeseigenen Villa steht, die er bewohnt. Das Möbelstück erwies sich als unverkäuflich. Da überreichte ihm die Landesregierung als Ersatz einen Scheck, damit er sich anderweitig etwas Antikes besorgen könnte. Der Wert des Schecks: 8.000 Mark.

• Für die Villa übrigens — 400 Luxus-Quadratmeter hoch über Stuttgart — würde normalerweise eine Miete von mindestens 3.500 Mark veranschlagt. Filbinger jedoch braucht nur 2.250 Mark zu zahlen. Die Differenz von 1.250 Mark legt der Steuerzahler dazu.

• Die Reinigungskosten für die Villa veranschlagt Filbinger mit 3.000 bis 5.000 Mark im Jahr. Diesen Betrag hat er nämlich als „Putzkostenpauschale" beantragt und für 1979 vom Land Baden-Württemberg auch bereits auf sein Konto überwiesen bekommen.

• Und was verdient dieser Mensch, der laut Gerichtsbeschluß „furchtbarer Jurist" und „Hitlers Marinerichter" genannt werden darf? — Im Monat, so hat man berechnet, 20.000 Mark.

Nazi-Lokal — staatlich geschützt

„Café Vaterland in Westberlin"

Unter welchen Firmenschildern und in welchem Umfeld der Neofaschismus gegenwärtig an Boden gewinnt, zeigt das „Café Vaterland — Soldatenbad 1945" in Westberlin.

Ausgestattet ist dieses Lokal im Stil eines militärischen Unterstandes oder Luftschutzkellers, die Wände sind grau und olivgrün gestrichen. An der Decke hängen Tarnnetze; Barrieren sind mit Sandsäcken verkleidet. Die Bedienung trägt eine schwarze Uniform, an die Jacke ist ein Eisernes Kreuz aus dem zweiten Weltkrieg geheftet. In diesem Lokal sollte unter anderem eine Art „Sado-Show" mit Auspeitschungen zu den Klängen von Marschmusik stattfinden. An den Wänden hängen Hitler-Bilder, über die es in einem Vermerk der Staatsanwaltschaft heißt: „Eines stellt den nackten Adolf Hitler mit einer Hakenkreuzarmbinde dar. (. . .) Das andere Hitler-Bild stellt den mit einer Uniform bekleideten Hitler in einem Toilettenraum mit heruntergelassenen Hosen auf einem Klosett sitzend dar; in der linken Hand hält er den Völkischen Beobachter, die rechte Hand hält er zum Gruß nach oben."

Die Einrichtung dieses nach der faschistischen Punk-Mode ausgestatteten Lokals ist nach Ansicht der Westberliner Staatsanwaltschaft nicht strafbar. Außerdem, behauptete die Polizei, träfen sich in dem Lokal keine Rechtsradikalen. Der Geschäftsführer des Lokals, ein Mann namens Dähmlow, beteuerte, er wolle „um Gottes willen nichts Politisches machen"; das erklärte Ziel sei nur, die „Atmosphäre kurz nach 1945 wieder etwas aufleben zu lassen — mit Brückenschlag zur Vergangenheit."

Seit dem vorletzten Wochenende zumindest ist **bewiesen**, daß der „Brückenschlag zur Vergangenheit" handfest ist. In der Nacht zum vorletzten Sonntag überfielen und mißhandelten drei Mitglieder der neonazistischen „Wiking-Jugend" einen Berliner Journalisten und zwei britische Staatsbürger, die das „Café Vaterland" einmal in Augenschein genommen hatten. Dabei wurde der 23jährige englische Historiker Jens A. mit einer abgebrochenen Flasche krankenhausreif geschlagen. Nach Angaben des Journalisten hatten die drei jungen Neonazis, die sich ebenfalls mit einem Dutzend Uniformierter mit NS-Emblemen der „Wiking-Jugend" in dem Lokal aufhielten, dort bereits den Überfall als eine Art Racheakt geplant. Der Journalist hatte vor einiger Zeit über eine Holocaust-Diskussion, die von eingedrungenen Neonazis gesprengt worden war, in seiner Eigenschaft als Rundfunkreporter berichtet. Schon bei dieser Veranstaltung war er von einem der Neonazis bedroht worden. Der britische Historiker arbeitete gerade in Westberlin an einer Dokumentation über die Widerstandsbewegung im Dritten Reich.





Ein sauberes Bruderpaar

Mit dem Geschäftsgebaren der Erdnußfirma, die zu zwei Dritteln dem frömmelnden US-Präsidenten Jimmy Carter gehört, wird sich demnächst möglicherweise ein Sonderstaatsanwalt auseinandersetzen. Denn wie in der letzten Woche bekannt wurde, pflegte die Firma eine Erdnußernte gleich **zweimal** zu verkaufen. Die dunklen Geschäfte besorgte dabei Carters berüchtigter Bruder Billy.

Hayes, ein ehemaliger Arbeiter aus dem Carter'schen Erdnußlagerhaus in Plains (Georgia) sagte aus, daß Billy Carter und er 1976 mehrfach die Geschäftsbücher des Unternehmens „frisiert" und die gleiche Erdnußernte zweimal als Sicherheit für ein Bankdarlehen verpfändet hätten. Der Arbeiter hatte damals den Auftrag, die gepfändeten Erdnüsse zu bewachen. Er erhielt von Billy Carter wöchentlich bis zu 350 Dollar an Schmiergeldern.

Der Betrug flog auf, als das stets mit großen Zähnen grinsende Bruderpaar anderweitig verhindert war: Während Billy in eine Trinkerheilanstalt eingerückt war, um sich vom Alkoholteufel kurieren zu lassen, tingelte sein Bruder Jimmy durch Israel und Ägypten — als Friedensengel.



ohne Gewähr

Montag, 26. 3., 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I: **Affaire Blum.** Spielfilm aus dem Jahr 1948 (DDR) mit Paul Bildt, Herbert Hübner, Gisela Trowe u.a. Regie: Erich Engel. Den historischen Hintergrund des Films bildet ein in der Weimarer Republik geführter Prozeß, in dem der jüdische Fabrikant Blum verdächtigt wurde, seinen Buchhalter getötet zu haben, während der wirkliche Mörder ein Freikorpsmann war. Der spannende Film zeigt eindrucksvoll und überzeugend, wie stark bereits in der Weimarer Republik der Justizapparat faschisiert war.

\+ + +

Montag, 26. 3., 21.15 Uhr, WDR III: **Die Verbrechen des Monsieur Lange.** Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1936. Regie: Jean Renoir. Der Film entstand in den Jahren, in denen sich Renoir für die Ziele der antifaschistischen Volksfront in Frankreich einsetzte.

\+ + +

Donnerstag, 29. 3., 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I: **Rotation.** Spielfilm aus dem Jahr 1949 (DDR). Der Film erzählt die Geschichte des Druckereimaschinenmeisters Behnke in der Nazi-Zeit, der sich zunächst aus dem politischen Geschehen heraushalten will, dann aber mit Hilfe eines Kommunisten an die Seite der kämpfenden Antifaschisten findet.

\+ + +

Donnerstag, 29. 3., 22.25 Uhr, WDR III: **Die Verjährung.** Eine „aktuelle Diskussion" mit Bonner Politikern, darunter Justizminister Vogel. Vor der Diskussion werden zwei Filme gezeigt: 1. Über den Majdanek-Prozeß, 2. Bundestagsdebatten der 60er Jahre über das Thema.

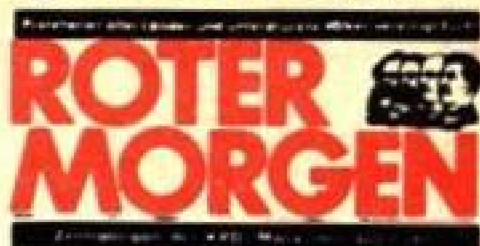
\+ + +

Freitag, 30. 3., 21.15 Uhr, WDR III: **Leben und Arbeit des Schriftstellers B. Traven** im Zeugnis seiner Freunde. Unter dem Pseudonym B. Traven schrieb der Autor („Das Totenschiff") in Mexiko. Seine Identität wurde erst nach seinem Tod gelüftet. Es war der ehemalige Schauspieler Red Marut, der aus politischen Gründen 1923 aus Deutschland geflohen war.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.